

Bezugspreis:

Abonnementpreis: 30.- M. monatlich, 3.- M. für ein Haus, portofrei zahlbar. Postbezugspreis: Monatlich 30.- M. einjährig 360.- M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“ ...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 28. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Aussichten für die Januarzahlung.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt: Unter den vielen Mitteilungen, die anlässlich der Londoner Konferenz zwischen Lloyd George und Briand ...

Aussichtslosigkeit, wie es rechtsgerichtete „nationale“ Kreise wünschen, verurteilt ist. Hoffen wir, daß diese Aussicht auf Erfolg den Blick der Regierung, für die Handeln die erste Aufgabe ist, nicht trübt.

Italiens Absichten.

Rom, 27. Dezember. (EP.) Ministerpräsident Bonomi denkt nach Blättermeldungen in der Konferenz von Cannes eine verführerische Tätigkeit auszuüben. Zu diesem Zwecke arbeitet er mit dem Schatzminister de Nava, dem Arbeitsminister Beneduce und dem Handels- und Industrieminister Belotti ...

Belgien gegen das Abkommen Lloyd George-Briand

Paris, 27. Dezember. (EP.) Der „Antroisgeant“ glaubt zu wissen, daß die in London getroffenen Abmachungen zwischen Briand und Lloyd George in Cannes wieder rückgängig gemacht werden. Die Belgier hätten gegen den Beschluß protestiert ...

Ägypten in Aufruhr.

Alexandria, 27. Dezember. (Reuter.) Der Generalkonstabler ist mit den Behörden arbeiten wie gewöhnlich, mit Ausnahme des Ueberwachungsdepartements. Einige unbedeutende Demonstrationen wurden von der Polizei unterdrückt.

London, 27. Dezember. (W.B.) Das Auswärtige Amt veröffentlicht eine Mitteilung mit einer Liste der Opfer der Unruhen in Kairo. Engländer befinden sich nicht unter den Opfern.

Rundgebung in Berlin.

In etwa 30 Pferdedroschken machten gestern nachmittag Ägypter um einen Demonstrationstanz, der sie zweimal vor die britische Botschaft führte. Sie schwenkten die Halbmondflagge, brachten Rufe gegen die britische Herrschaft in Ägypten aus und verteilten entsprechende Aufrufe. Die SS-Korr. schreibt, daß die Besatzung vor der Rundgebung erfahren und polizeilichen Schutz beantragt habe, der gestellt worden sei, aber bei der friedlichen Haltung der Demonstranten nicht eingegriffen genötigt war.

Eisenbahner-Ultimatum.

Düsseldorf, 27. Dezember. (Eig. Drahtber.) Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns mitgeteilt:

Im Anschluß an die am Donnerstags, den 22. d. M. gefasste Entschließung der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes fand am Dienstag eine beschlußfassende Sitzung der Funktionäre der Direktionsbezirke Elberfeld, Köln und Essen statt. Nach reiflicher Prüfung der Situation sowie der durch das ablehnende Verhalten der Behörden geschaffenen Lage wurde folgende Entschließung angenommen:

„Für das Personal ist ohne Rücksicht auf die notwendig vorzunehmende Entlohnungsverbesserung des Gesamtpersonals eine Forderung von 1000 Mark für die ledigen sowie weiblichen Bediensteten eine solche von 750 Mark zu zahlen. Die unterzeichnete Organisation erwartet bis spätestens Mittwoch, den 28. Dezember, 2 Uhr, die Bewilligung ihrer Forderungen.“

Deutscher Eisenbahnerverband.

Die Ablehnung der Forderung, so schreibt unser Korrespondent nach ergänzender, würde zweifellos für die drei Direktionsbezirke Elberfeld, Köln und Essen den Streik ergeben. Wie wir weiter erfahren, sind auf einzelnen Bahnhöfen des Direktionsbezirkes Elberfeld, z. B. Bohnwinkel und Barmen-Kittershausen, die Eisenbahnarbeiter bereits in den Zustand getreten. Die Beamten verhalten sich bisher noch passiv.

Italien an der Jahreswende.

O. L. Rom, 25. Dezember 1921.

In dieser sorgentreichen Jahreswende, an der Europa steht, ist auch Italien und seinem Proletariat kein Freibrief geworden. Das alte Jahr hat wenig Gutes gebracht, das neue zieht nicht eben verheißungsvoll herauf. Die revolutionären Hoffnungen, die man auf den Krieg gesetzt hatte, sind verräuchert; die harte Wirklichkeit der Kriegesfolgen sind geblieben. Will man die politischen Ergebnisse des Jahres 1921 für Italien zusammenfassen, so muß man sagen, daß dieses Jahr den offenen Übergang der Bourgeoisie zur Offensive bezeichnet, welche Offensive namentlich durch drei Faktoren ermöglicht wurde, nämlich die politische Aufrüttelung der Bourgeoisie, die Uneinigkeit des Proletariats und die wirtschaftliche Krise. Es versteht sich von selbst, daß alle diese Faktoren schon im Vorjahre vorhanden und wirksam waren, aber erst das jetzt zur Reize gehende Jahr hat sie zur Entfaltung gebracht.

Als Aufrüttelung der politischen Aufrüttelung der Bourgeoisie haben wir durchaus nicht bloß, oder auch nur vorwiegend, den Faschismus im Auge, jene Folge der Kriegesverwahrlosung und der bewußten Verherrlichung der Delinquenz, in der vielleicht der Bogen der bürgerlichen Offensive schon zu stark gespannt erscheint. Dieses Aufbrechen des italienischen Bürgertums aus seiner politischen Teilnahmslosigkeit ist eine viel tiefere und viel umfassendere Erscheinung als des Faschismus. Einmal hat der Krieg und sein Ausgang dem italienischen Bürgertum ein gewisses Selbstgefühl gegeben, das ihm dem Auslande gegenüber vorher fehlte. Dann aber hat er der herrschenden Klasse zu einem Bewußtsein des Klassenkampfes verholfen, indem er gleichzeitig ihre politische und ihre wirtschaftliche Machtstellung zu bedrohen schien. Vor dem Kriege waren demokratische Neigungen und sozialistischer Dilettantismus im italienischen Bürgertum nur allzu verbreitet. Besonders in Beamtenkreisen und unter den freien Berufen waren Sympathien für unsere Bewegung allgem. Als dann aber die russische Revolution den Sieg des Sozialismus in greifbare Nähe zu rücken schien, hielten natürlich die vagen Sympathien und die dilettantenhaften Vorlieben nicht stand. Man bekam Angst um seine Klassenprivilegien, um so größere Angst, als gleichzeitig mit der Hochkonjunktur russischer Illusionen eine Hochkonjunktur für die Lohnarbeiterschaft einsetzte. Diese konnte mit ihren Löhnen mit dem schwindelhaftesten Steigen der Lebensmittelpreise Schritt halten, einmal, weil sie organisiert war, vor allem aber wegen der gesellschaftlichen Unentbehrlichkeit ihrer Leistungen und des stark verminderten Angebots an Arbeitskräften, das die Kriegslage bedingte. So wurde der arbeitende italienische Mittelstand — Beamtenstand und freie Berufe — gerade dann antiproletarisch gesinnt, als er mit der Proletarisierung seiner Lebenshaltung bedroht war und ihr auch zum Teil unterlag.

Trotzdem hat sich das italienische Bürgertum nicht allein aus seiner politischen Teilnahmslosigkeit ausgerüttelt; wir haben wiederholt darauf hingewiesen, wie wacker ihm das Proletariat mitgeholfen hat. Durch Anlag der dicht bevorstehenden Revolution, durch zahlreiche Streiks, deren Anlaß vielfach in keinem Verhältnis zur sozialen Beeinträchtigung durch den Ausstand stand, durch Enteignungsversuche, hinter denen keinerlei ernste proletarische Vorbereitung stand, ist die herrschende Klasse Italiens mit wahrhaft pädagogischer Beharrlichkeit dazu gebracht worden, sich doch etwas auf sich selbst zu besinnen. Mit kleinem wurde angefangen: die Studenten ersehten die Streikenden in öffentlichen Diensten, es wurde öffentlich für Streikbrecher gesammelt usw. Von da geht eine lange Entwicklung zur Bloßbildung bei den Gemeindevahlen vom Herbst 1920 zu dem größeren bürgerlichen Block bei den Parlamentswahlen im Mai 1921, die vorläufig in dem parlamentarischen Zusammenschluß der „demokratischen“ Parteien, also der bürgerlichen Liberalen, im vorigen November mündet. Die Bourgeoisie fühlt sich als eine politische Einheit und wendet sich bewußt gegen das Proletariat, in dem sie eine Gefährdung seiner Klassenstellung erkannt hat.

Der Faschismus läuft nebenher wie ein klaffender Riß, manchen nützlich, vielen sympathisch, von einer Minderheit als Begleiter erkannt, dessen man sich schämen sollte und der seinen eigenen Gönnern gefährlich werden kann. Heute hat er sich ein politisches Programm gegeben: nationalitisch, individualistisch, kleinbürgerlich, aber kein Wesentliches bleibt, keine Kampforganisation, die unsere Volkshäuser anzündet, unsere Genossen mit Knüppeln totschlägt, vor Diebstahl und gemeinem Verbrechen nicht halt macht. Und mit ihm bleibt jene völlige Verrohung und Verlehrung der moralischen Begriffe, die von der feigen Ermordung des Genossen Bolchini, Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung von Cremona das „Giornale d'Italia“ schreiben läßt, daß es ein „zwar bedauerndes, aber alltäglicher Zwischenfall“ sei; und dabei ist ein bejahrter Mann von 16 Lämmeln mit Knüppeln totgeschlagen worden, so daß seine Schädeldecke in eine breiartige Masse verwandelt wurde!

Wenn sich auch ein Teil der Bourgeoisie der Gefolgschaft

Der Washingtoner U-Boot-Konflikt.

New York, 27. Dezember. (W.B. durch Funkpruch.) „Newport Times“ meldet aus Washington, es verlaute aus guter Quelle, daß die amerikanische Delegation hinsichtlich der U-Boot-Tonnage auf einer Höchstziffer von 60 000 Tonnen für die Vereinigten Staaten und England, von 35 000 Tonnen für Japan und von 35 000 Tonnen für Frankreich und Italien beharre. Wie „Newport Herald“ aus Washington meldet, gelangen die Franzosen zu der Ansicht, daß sie gegen eine amerikanisch-englische Kombination kämpfen. Frankreich fürchte, daß Großbritannien die Absicht habe, sich Amerikas zum Aufbau einer angelsächsischen Herrschaft zu bedienen.

Washington, 27. Dezember. (EP.) Bis jetzt hat nur die englische Delegation den amerikanischen Vorschlag in der Frage der Unterseeboote angenommen. Sowohl die japanische wie die französische Abordnung weisen den Vorschlag entschieden zurück und haben ihre Regierungen um neue Instruktionen ersucht.

Amnestie in Ungarn.

Budapest, 27. Dezember. (W.B.) Infolge des Amnestieerlasses sind bisher 629 Personen freigelassen worden. Die Prüfung der Angelegenheiten der der Amnestie würdigen Personen wird fortgesetzt.

Die sozialdemokratische „Republika“ schreibt: Unsere Partei und die Gewerkschaftsbewegung stehen vor einer neuen Epoche. Die Verhandlungen mit der Regierung waren erfolgreich. Den Klagen wird abgeholfen werden. Eine allgemeine Entspannung wird erfolgen. Infolge des Amnestieerlasses werden Tausende von politischen Verurteilten befreit. Die Internierung und die Polizeiaufsicht werden vollständig abgeschafft. Bald wird sich kein einziger politischer Verurteilter in Gefangenschaft befinden. Dies ist mehr als Amnestie. Dies ist ein notwendiger politischer und sozialer Heilungsprozess. Wir fordern alle Genossen zur Mitwirkung an der Arbeit des Wiederaufbaus auf, da wirkliche Arbeit eher tut als schöne Phrasen.

Italienische Gäste in Südschweden. Wie aus Sedenico in Dalmatien gemeldet wird, kam es am 1. Weihnachtstags zu Zusammenstößen zwischen Matrosen eines dort eingelaufenen italienischen Kriegsschiffes und südschwedischen Einwohnern der Stadt. Die Italiener gaben Schüsse ab, durch die zwei Personen verletzt wurden. Der Sedenico hat ein zweites italienisches Kriegsschiff Anker geworfen.



Des Faschismus schämt, so ist er doch einem andern Teil nützlich. In den ländlichen Provinzen dient er bekanntlich dem Agrarierum, für das er die Vernichtung der Landarbeitergewerkschaften besorgen soll, welche Arbeit gewissenhaft, wenn auch nicht gratis getan wird.

Und gegenüber diesem erstarrten Bürgertum, das gelernt hat, die Wortdrohungen des Proletariats nicht mehr zu fürchten und sich gegen die tatsächlichen Vorstöße systematisch zur Wehr zu setzen, steht eine durch Uneinheit und Unklarheit geschwächte Arbeiterkraft. Niemand, der italienische Verhältnisse kennt, wird diese Uneinheit ausschließlich den geistigen Führern der Arbeiterbewegung zur Last legen: das allgemeine Milieu, die getauften revolutionären Hoffnungen, die russische Propaganda und die schwere wirtschaftliche Krise bieten der inneren Uneinigkeit des Proletariats einen allzu günstigen Nährboden.

So hat das jetzt zu Ende gehende Jahr im Jänner die Abspaltung der Kommunisten aus der sozialistischen Partei gebracht. Weit ernster zu nehmen als diese Spaltung, die unter dem Druck Moskaus erfolgte und eigentlich nur von uns abtrennte, was uns schon vorher sehr fern war, ist die innere Entfremdung der Massen zu nehmen, die sich in den von den Faschisten besetzten Provinzen vollzieht. Die ländliche Arbeiterschaft hat bisher auf unsere Partei geblickt, nicht nur als auf eine geistige, sondern auch als auf eine praktische Macht, als die sie sich ja auch bei den auf dem Boden der Gesehmäßigkeit sich abspielenden Lohnkämpfen bewährt hatte. Nun sieht sich diese Arbeiterschaft seit Monaten wehrlos der Gewalt der Faschisten ausgeliefert, sieht sich an Leib und Leben bedroht, sieht Weib und Kinder, Hab und Gut einer organisierten Verbrecherbande preisgegeben und hört von der sozialistischen Partei keinen andern Rat, als den, auszuhalten, der Gewalt nicht die Gewalt entgegenzustellen, auf bessere Zeiten zu hoffen. ... Und die Arbeiter werden irr an der eigenen Partei, von der sie meinen, sie müsse sie entweder materiell verteidigen oder ihren Schutz bei der Regierung erzwängen. Dabei würde die Organisation der bewaffneten Verteidigung zum Bürgerkrieg führen und der immer wieder versuchte Druck auf die Regierung bleibt wirkungslos, teils weil die Regierung dem Gegendruck der agrarischen Interessen erliegt, teils, weil sie technisch außerstande ist, den Faschismus zu meistern. In dieser Hinsicht ist der Fall von Cremona typisch. Die Faschisten haben da irgendeinen ihrer Kämpfer veranlaßt und lassen mit Lastautomobilen von Ort zu Ort, den Schrecken ihrer Knüttelbewaffneten Scharen über die ganze Provinz verbreiten. Der öffentlichen Sicherheit halber laßt ein Auto mit Polizisten hinterher. Natürlich haben die Faschisten das bessere Auto. Die Polizisten bleiben zurück und verlieren die Spur. Inzwischen fällt das Auto der Provinzialverwaltung den Faschisten in die Hände, die seine drei Insassen niederknütteln!

Eine Situation, aus der es theoretisch und praktisch schwer ist, einen Ausweg zu finden, führt natürlich auch den inneren Zwist. Den extremen Elementen liefern die Faschisten Wasser auf die Mühle ihrer Gewaltpropaganda, während der rechte Flügel der Partei unsere Ohnmacht, eine Regierung zur Durchführung der Gesetze zu zwingen, auf die Weigerung der Partei zurückführt, durch Unterstützung eines Kabinetts oder durch Eintritt in ein solches direkten Einfluß auf die Geschicke des Landes zu gewinnen.

Dazu kommt die Krise, die täglich vorrückt und die Erregung der Gewerkschaftsbewegung bedroht. Am 1. November belief sich die Zahl der Arbeitslosen nach offizieller Statistik auf beinahe eine halbe Million. Daher Abwärtstendenzen, gegen die die Kommunisten den Generalstreik vorschlagen, was für die Unternehmer ein gefundenes Fressen wäre. Und die Finanzlage des Staates verschärft die Krise, einmal durch die aus ihr folgende übermäßige Abgabenbelastung der Betriebe, dann durch ihren Einfluß auf die Valuta. Italien muß seine Rohmaterialien aus den Ländern hoher Valuta beziehen und sieht seinen Markt überschwemmt von den Industrieprodukten der Länder mit niedriger Valuta, namentlich Deutschlands und der Tschechoslowakei. Gleichzeitig verschleßt die geringe Kaufkraft der Markt und der Krone wesent-

liche Absatzmärkte für seine agrarischen Erzeugnisse. So stehen auch für Italien bittere Früchte aus dem „Friedens“vertrag von Versailles.

Das neue Jahr wird im Zeichen der proletarischen Defensive stehen. Möge die Rot der gemeinsamen Abwehr das Proletariat einigen, das die inneren und äußeren Wirren einer schweren Zeit um seine Einheit gebracht haben.

### Stinnes und Deutschlands Kreditwürdigkeit.

Stinnes hat einem Redakteur eines deutsch-bürgerlichen Prager Blattes ein Interwiew gegeben, in dem er dementiert, daß er in amtlichem Auftrage in England gewesen sei und daß er beabsichtige, noch einmal nach London zu gehen. In der Reparationsfrage nimmt er seinen altbekannten pessimistischen Standpunkt ein. „Jedenfalls entsprechen die bisherigen Nachrichten über Gewährung von Reparationserleichterungen nicht den Tatsachen, zu einer Verständigung ist der Weg noch weit.“ — Natürlich hat Stinnes immer gesagt, daß die Reparationen unerfüllbar seien — wer hätte es nicht gesagt? — leider hat er es aber mit der gleichen Steifigkeit abgelehnt, unter Opfern seitens des Besitzes den Beweis für diese Behauptung zu erbringen.

Stinnes ist bisher noch immer ein schlechtes Orakel gewesen, wie denn auch sein Ruf als politischer Säugling in Deutschland bereits unbezweifelt geworden ist, stellenweise sogar sagenhafte Formen angenommen hat. Begreiflich, daß er jetzt im Ausland nach einem Echo sucht; leider ist aber zu befürchten, daß er mit folgenden Ausführungen bei seinen Gesinnungstreuen im Ausland Beifall findet:

„Die Bank von England lehnt jede Kreditgewährung ab, solange nicht Deutschland konsolidierte Verhältnisse hat. Diese Konsolidierung kann nur dann erzielt werden, wenn auch in den Staatsbetrieben der kaufmännische Grundgedanke der Ausnutzung der Konjunktur Anwendung findet. Ein Musterbeispiel für unkaufmännische Gebarung in den Betrieben bieten die Reichseisenbahnen. Unser Konzern verfügt über eine große Anzahl von Kleinbahnsystemen im Westen Deutschlands. Im vergangenen Sommer, als die Preise niedrig waren, haben sich alle diese Kleinbahnen mit Material auf viele Jahre eingedeckt. Hierdurch wurden Milliarden erspart, die der Betrieb der Reichseisenbahnen nicht erspart hat. Das Sparmomentmoment findet bei den Bahnen eine unkaufmännische Anwendung. Eine Aenderung der Betriebsform würde nur zweckdienlich sein, um diesen Staatsbetrieb von seinem ungeheuren Defizit zu befreien. Wird in den Staatsbetrieben eine kaufmännische Gebarung Platz greifen, dann wird auch die Kreditwürdigkeit Deutschlands eine Besserung erfahren. Im gegenwärtigen Momente sind Aussichten auf Erlangung eines Kredits sehr gering.“

Herr Stinnes vermeidet geflissentlich zu erwähnen, daß die Sparbarkeit der Reichsbetriebe oft nicht nur durch die bürokratische Verwallung, sondern auch durch die unangenehmen Preissteigerungen der ihm gewöhnlich nicht ganz unbekanntem Schwerindustrie unmöglich gemacht worden ist. Die Privatbetriebe deckten sich im Konzern mit Material ein, als die Preise niedrig waren. Die Eisenbahnen aber waren dazu da, daß sie hohe Preise zahlten und billige Tarife dem Handel und der Industrie gewährten — eine Methode, die Stinnes für sich ablehnte. Er braucht ja selbst für die Kohle die Weltmarktpreise — um nachher über Geldentwertung, Reichsdefizit, roten Presse und Kreditunwürdigkeit des Reiches Klagen zu können. Das Ganze nennt sich „kaufmännischer Geist“.

Er wird nur damit kein Glück haben, solange die deutsche Arbeiterschaft wachsam ist und weiter das Ziel verfolgt, durch Bereitschaft zum Wiederaufbau der Welt die Unsinnsheit des Friedensdiktates zu beweisen.

„Was! August Winnig's Zeitschrift „Der Morgen“ ist eingegangen. An ihrem Grabe trauert die „Deutsche Tageszeitung“.“

### Die Geschichtsklitterer.

Die Veröffentlichung des Briefwechsels Wilhelm-Hindenburg hat eine umfangreiche Presseberichterstattung über die Flucht des Kaisers am 9. November 1918 ausgelöst. Wilhelm behauptet in seinem Schreiben an Hindenburg darüber bekanntlich folgendes:

„Wie Sie wissen, habe ich mich zu dem schweren, furchtbaren Entschluß, außer Landes zu gehen, nur auf Ihre und meiner übrigen berufenen Ratgeber dringende Vorstellungen durchgerungen.“

Mit diesem Satz versucht Wilhelm, die Autorität Hindenburgs schützend vor den Makel seiner Ausreisereise zu stellen. Die nationalistische Presse hat das sofort aufgegriffen. Die „Deutsche Tageszeitung“ prägte z. B. den salinanten Satz: „Wer jetzt noch wagt, dem Kaiser seine Flucht vorzuwerfen, der streiche sich selbst aus der Liste der anständigen Menschen.“ Nun erinnert die „Voss. Ztg.“ daran, daß Hindenburg selber vor Jahr und Tag eine ganz andere Darstellung der Dinge gegeben hat. Im Sommer 1919 erschienen die Schilderungen der Hofgenerale v. Pflessen und v. Schulenburg über die Vorgänge im Großen Hauptquartier. Dazu veröffentlichte im Juli 1919 die deutsch-nationale Presse eine Erklärung Hindenburgs, in der es heißt:

Der Generalfeldmarschall verließ den Kaiser um 5 Uhr, nicht mit dem Gedanken der Trennung, sondern in der festen Überzeugung, seinen kaiserlichen Herrn am nächsten Tage wiederzusehen und seine endgültigen Befehle entgegenzunehmen. Gegen 7 1/2 Uhr kam der Generaloberst v. Pflessen zum Generalfeldmarschall in dessen Geschäftsgebäude und teilte ihm mit, daß seine Majestät sich inzwischen entschlossen habe, dem Vortrag am Nachmittag entsprechend, nunmehr nach Holland abzureisen.

Die Erklärung sagt weiter, der Generalfeldmarschall habe von der am 10. November erfolgten Abreise „erster sahren, nachdem sie ausgeführt war“.

Also: Wilhelms Brief stellt Hindenburg als den geistigen Urheber der Flucht nach Holland dar, in Hindenburgs Darstellung vom Juli 1919 erscheint der Feldmarschall als der durch die Abreise Wilhelms vollkommener Ueber-raschte. Ein vollkommener Widerspruch, der für Weise wie für Toren gleich unerklärlich bliebe, wenn nicht folgende Erwägung die Brücke zum Verständnis lieferte: Durch die Veröffentlichungen im Juli 1919 sollte der Kaiser dargestellt werden als der durch Maj von Baden Verrätene, während heute bewiesen werden soll, daß die Gründe, die den Kaiser zur Abreise veranlaßten, unwiderstehlich zwingende gewesen seien. Je nach dem Zweck wird nun die Darstellung eingerichtet: Wenn der Kaiser verraten gewesen sein soll, darf Hindenburg natürlich von seiner Abreise nichts gemußt haben. Soll aber der Kaiser unter dem Zwang der Notwendigkeit gehandelt haben, so muß dieses Handeln umgekehrt durch die Autorität Hindenburgs gedeckt sein. — Man hat hier ein anschauliches Bild, wie deutsch-nationale Geschichtsdarstellung zustande kommt und wie sie vom Standpunkt objektiver Geschichtsforschung aus zu werten ist.

### 268 Neuamnestierte.

Die Zahl der auf Wunsch des Reichspräsidenten vom Reichsjustizminister zu Weihnachten begnadigten Märzopfer beträgt 268. Haftentlassenen wurden auf telegraphische Anweisung des Reichsjustizministers solche Gefangene, die zu einer Gefängnisstrafe unter einem Jahre verurteilt waren. Rechnet man zu diesen Entlassungen die bereits vorher auf Grund ordnungsgemäßer Gnabengefüche erfolgten Freilassungen, dann übersteigt die Zahl der Begnadigten insgesamt 300. Das ist ein ganz beträchtlicher Teil der von den außerordentlichen Gerichten insgesamt verurteilten Beteiligten am Märzputsch.

Ruth Fischer aus der Haft entlassen. Wie die „Mote Fabne“ mitteilt, ist die Kommunistin Ruth Fischer gegen Kaution aus der Haft entlassen worden unter der Bedingung, sich in einer bestimmten Wohnung aufzuhalten. Die Verhaftung erfolgte wegen Nichtbefolgung eines Ausweisungsbefehls.

### Christentum und Sozialismus.

Innerhalb der Sozialdemokratie wird heute der Zusammenhang von Sozialismus und Christentum mehr denn je umstritten und diskutiert. Im Weihnachtserartikel der „Glocke“ knüpft Hermann Wendel, nach einer scharfen Abrechnung mit der Friedensheuschrecke des offiziellen Christentums, an das zeitgemäße Religionsthema einige Betrachtungen, die beachtet zu werden verdienen:

„Über selbst nach der furchtbaren Lehre von 1918 macht sich nach wie vor der Ungeist des Hurochristentums auf der Kanzel breit: der „deutsche Gott“ wird gegen den „Feindbund“ angerufen, und während in der angelsächsischen Welt die Weisheit geradezu den Savanten in der Friedensbewegung darstellt, lassen sich in Deutschland die Pfarrer fast an den Fingern einer Hand herzählen, die aus der Heilsbotschaft der Weihnachten die Folgerung pazifistischer Betätigung ziehen; sie haben auch mit einem unwilligen Stimmzettel des Konfessionsrats zu rechnen. Die offizielle Kirche hat darum in diesen Tagen gerade dem verlangenden Gemüt nichts zu sagen, das jenes: Und Friede auf Erden! in die Tiefen seines Wesens aufnehmen möchte.“

Und doch ist nach den Jahren jeglichen Zusammenbruchs, nach der Folge aus feilscher Katastrophen der Drang nach einer Erneuerung der Menschheit im Geiste lebendiger denn je seit langem; das Gefühl des Menschen gewinnt wieder epische Kraft; der Hunger nach mehr als dem Brot des Alltags erhebt die stöhnende Stimme. In seinen Kinderjahren leistete der Sozialismus diesem Grundtrieb der Menschennatur Genüge; der Sekteneifer der ersten Anhänger Lassalles verglich die junge Bewegung dem Urchristentum; das Bekenntnis zur Sozialdemokratie war weit über das Politische hinaus eine seelische Durchdringung und Erhebung. Doch das ist schon lange her. Seitdem hat sich die kleine Heerschar gläubiger Sozialisten mächtig in die Breite geredet, aber der Sozialdemokratie ist damit die Wirklichkeit negegründet, eine Partei unter den Parteien zu werden. Sie hat heute einen genau klappenden Verwaltungsapparat, eine trefflich gestufte Bürokratie; eine gut eingezogene Mitgliederzahl; sie hat für jedes Uebel eine Programmparaphrase und für jede Laune ein Schlagwort; sie hat das Weltall sauber in Fächern und Kästen untergebracht und die Telle mit Ia 1, Ia 2 und so fort bezeichnet, aber ist Sozialismus heute bei vielen nicht mehr eine Sache des Mitgefühls als ein aufzuwählendes inneres Erlebnis? Sind unsere Anhänger wirklich ein neuer Menschenstamm: Sozialisten, oder nur etwas Mechanisches: Organisierte? Die zweifelhafte Frage umschließt schon die betrübliche Antwort: Trotz des Mitgliederzuzustroms, der Regierungsfähigkeit, der Ministerfessel droht dem Sozialismus die Gefahr, der die Kirche längst unterlegen ist, statt einer lebendig wirkenden Macht eine seelenlose Maschine zu werden. Zum Glück hat es der Anzeichen genug, die auf Abkehr von dieser Tendenz zur Verklärung hindeuten; ein Kongreß hat unlängst die religiösen Sozialisten zusammengeschart, zwischen Weihnachten und Neujahr halten die christlichen Revolutionäre ihren Kongreß ab, und vor allem pflegt die neue Jugend innerhalb des Sozialismus einen neuen Idealismus; und all unsere Hoffnung ist bei ihr.

Die große Revolution von 1789 hat Ernst Moritz Arndt ein „Zeichen der dritten Epoche des Christentums“ genannt. Auch wer

ing Sozialismus keineswegs ein Zeichen für die dritte Epoche des Christentums sieht, auch wer aller Mist abhobt seit im Diesseits wurzelt und mit dem persönlichen Gottesglauben nichts anzufangen weiß, vermag nicht zu leugnen, daß dem Sozialismus eine Befruchtung mit den besten Kräften, mit dem Motorischen des Christentums ein Gewinn wäre. Sozialismus als seelische Angelegenheit, als Erlösung nicht nur der Menschheit, sondern auch des Menschen, als Durchdringung unseres ganzen Wesens, wie in ihrer hohen Zeit, im Mittelalter, die Kirche den ganzen Menschen durchdrang — darin liegt eine wichtige und würdige Aufgabe der Gegenwart. Nur wenn er ihr gerecht zu werden verliert, wird der Sozialismus nicht im Besten versagen und mit dem goldenen Klang der Weihnachtsbotschaft vom Frieden auf Erden wirklich an die Herzen rühren.

Neues von der Sowjetkunst. Die bildende Kunst hat im bolschewistischen Rußland eine große Förderung erfahren. Siehen doch im Präsidium des Regierungskollegiums für die bildenden Künste so hervorragende Männer wie der führende russische Kunsthistoriker Grabar und der berühmte Maler Kandinsky. Ueber die Erfolge dieser Arbeit berichtet Iwan Falubi in einem Aufsatz der von Dr. Max Epstein herausgegebenen Zeitschrift „Das Blaue Heft“. Während das zaristische Rußland nur 31 Provinzmuseen besaß, gibt es jetzt 191 Museen in den Provinzen. „Das Inventar und die gesamten Kunstschätze dieser Museen“, schreibt Falubi, „rühren allerdings an Privatbesitz her. Man kann aber diese Art der Sozialisierung nicht kläuen nennen, denn die Sowjets reiteten lediglich die meisten Kunstschätze vor der Wut des Böbels, indem sie sämtliche bei Privatbesitz befindlichen Gemälde und Skulpturen als Staatseigentum in Sicherheit brachten. Die von den Sowjetleuten geleistete Kulturarbeit machte sich in erster Linie in der Neuorganisation der alten Sammlungen bemerkbar. Die Eremitage, die berühmte Galerie Katharinas II. im Winterpalais, war bisher nur Kunstwerken zugänglich, die aus dem 17., 18. und früheren Jahrhunderten stammen. Heute beherbergt das „Kunstpala“, wie das Winterpalais des Jaren genannt wird, alles, was in der Kunst für wertvoll gilt, gleichviel, welcher Tendenz und Epoche es entstammt. Kataloge und Illustrationen machen das Volk mit dieser ersten Kunstsammlung der Sowjetrepublik bekannt, und billige Reproduktionen von Gemälden werden unter dem Landvolk verbreitet. Außer der Organisation von Museen und ständigen Ausstellungen machte besonders das Kulturwerk der Wanderausstellungen und der Volkskunst große Fortschritte. So veranstaltete man in den Festtagen der Universität in Kasan eine grandiose Ausstellung aus der Kunst der Ostländer. Unter der Leitung Grabars bereiste eine Kommission das nördliche Rußland, um dort Kunstwerke zu sammeln. Sibirien, dessen Kultur in den letzten Vorkriegsjahren sich sehr entwickelt hatte, macht heute dem europäischen Rußland starke Konkurrenz. Im Zusammenhang mit dem Rußland für Kunst wurde in Omsk eine Kunstgewerbeschule eröffnet. Tonkunst, Orchester und andere kulturelle Mittelpunkte des asiatischen Rußlands besitzen ebenfalls Hochschulen für Musik und Malerei.“ Die proletarische Kunstbewegung, die die Arbeiter zu Künstlern machen will, hat allerdings noch keine großen Erfolge erzielt, denn die wirtschaftlichen Bedingungen, die dazu nötig

sind, liegen sich nicht verwirklichen. Hunger, Elend und Verkehrsnot wirkten auf das Geistesleben hemmend ein. Unter den neuen Kunstströmungen, die wie Pilze aus der Erde sprossen, sind hauptsächlich der „Künstlerische Nihilismus“ von Massowitsch zu nennen, der die Verneinung sämtlicher Farben und Ausdrucksmittel predigt und Gemälde „Weiß auf Weiß“ schafft, und der „Lattinismus“, dessen Schöpfer Lattin mit dem Entwurf des Denkmals der Dritten Internationale beauftragt wurde. Das Denkmal soll ausschließlich aus Glas und Eisen bestehen und eine Verbindung des Eitelturns mit den Motiven amerikanischer Wolkenkratzer und ostasiatischer Baukunst darstellen. Die allerneueste Schule der „tektonischen Primitiven“ arbeitet mit den Mitteln der asiatischen Volkskünste und des Kubismus.

Schwarzer Marmor in Bayern. Schwarzer Marmor gehört bekanntlich zu den seltensten und daher kostbarsten Marmorarten, die es gibt. Nur Belgien hat größere Vorkommen dieses Gesteins und genöß daher bis vor kurzem eine Art Monopolstellung auf dem Marmormarkt. Nun sind in letzter Zeit auch in Deutschland, und zwar im bayerischen Franken, Bruchstätten schwarzen Marmors entdeckt worden. Sie finden sich im Fränkischen Wald und am Döbraer Berg in der Nähe des oberfränkischen Städtchens Naila. Mit dem Döbraer Marmor wurden bereits Postversuche angestellt. Die Ergebnisse sind hervorragend. Der Stein nimmt Hochglanz an und zeichnet sich durch einen rein tief schwarzen Grundton aus, der von leuchtendweißem Geäder durchzogen wird. Damit ist ein neuer farbenprächtiger Dekorationsstein gefunden worden.

Religiöse Massenpsychose in Schottland. Die seelische Verwirrung der Nachkriegszeit macht, wie man schon öfter festgestellt konnte, auch an den Grenzen der freigeistigen Länder nicht halt. Zu solchen Zeichen einer die ganze Welt beherrschenden Sehnsucht nach Umwandlung und Erneuerung gehört auch das Auftreten einer religiösen Bewegung in den Fifeherdörfern und kleinen Städten der Nordostküste Schottlands, von der jetzt näheres berichtet wird. Die ersten Predigten hatten zwar allerlei übertriebene Einzelheiten enthalten, aber auch bei genauerer Untersuchung bleibt genug des Seltsamen bestehen. Ein französischer Psychologe, der die Anwesenheit an Ort und Stelle studiert hat, ist der Meinung, daß es sich um eine Bewegung von besonderer Kraft handle. In vielen von den in Betracht kommenden Orten ist das soziale Leben völlig zerfallen. Armut und Laster sind allgegenwärtig. Man hat da und dort Scheiterhaufen errichtet, auf denen man Pfaffen, Spielkarten, Tanzschuhe und dergleichen öffentlich verbrannt hat. Massenweise finden, besonders nachts, überfüllte Versammlungen statt, in denen gebetet und gepredigt wird und die Menge ihre Sünden bekennt. Das aufgeregte Volk hält Durchzweifeln an, ja es hält sie selbst von durchzweifeln den Krüsen herunter, um die Frage an sie zu stellen, ob sie für die Rettung ihrer Seele gepredigt haben. Scharen von Kindern geben betend und singend durch die Straßen. Es ist kein Wunder, daß bei solcher Erregung der Gemüter auch schon mehrere Fälle offenkundigen Wahnsinns vorgekommen sind. Sechs Personen, meist junge Männer und Frauen, mußten in die Irrenanstalten eingeliefert werden. Des letzteren an der ganzen Erscheinung ist, daß ein Ausgangspunkt nicht festzustellen werden kann, und daß es völlig an leitenden Persönlichkeiten fehlt. Die Bewegung entbehrt jeder Organisation. Sie brach plötzlich unter der Fifeherbevölkerung einiger Orte aus und verbreitete sich mit großer



## Rosa Luxemburg keine Bolschewistin.

Die Veröffentlichung der hinterlassenen Schrift Rosa Luxemburgs hatte die KPD. in einige Verlegenheit veretzt. Schließlich tat die Zentrale, was sie in allen Mängeln zu tun pflegt: Sie versteckte sich hinter einer Erklärung Clara Zetkins. In dieser Erklärung wurde behauptet, die Broschüre Rosa Luxemburgs entspräche nicht der Auffassung, die Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schutzhaft und bis zu ihrer Ermordung in der Öffentlichkeit vertreten habe. Gegen diese Darstellung protestiert nun Paul Lange, einer der Mitbegründer des Spartakusbundes, in einer Zuschrift an die „Freiheit“. Paul Lange schreibt:

Was Clara Zetkin schreibt, ist falsch. Rosa Luxemburg hat sich nie dazu hergegeben, etwas einfach deswegen zu schreiben, weil es von den Bolschewisten gewünscht wurde. Sie ist auch inderlich nie Bolschewistin geworden; sie wünschte nicht, ein politisch unwissendes Proletariat durch demagogische Mittel zu beherrschen; sie wollte vielmehr die politische Intelligenz und Tatkraft des Proletariats steigern, damit es herrschen werde. Das geht aus allen Aufsätzen hervor, die Rosa Luxemburg damals geschrieben hat.

Den ganzen Weltkrieg hindurch haben sich Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Franz Mehring ihre kritische Haltung gegenüber den Leninisten zu wahren gewußt.

Wenn nach dem Kriege der organisatorische Zusammenschluß des Spartakusbundes mit den deutschen Leninisten durch die Gründung der Kommunistischen Partei erfolgt ist, so entsprach das weniger den inneren Wünschen Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches', als vielmehr der Absicht, nicht neben dem Spartakusbund eine neue Partei entstehen zu sehen. Es war auch nicht nur ein Zeichen von politischer Vagare, sondern ein positives Zusammenbringen jener in der Broschüre enthaltenen kritischen Gedanken, daß Rosa Luxemburg in Übereinstimmung mit der damaligen Zentrale des Spartakusbundes im Dezember 1918 ein politisches Programm des Spartakusbundes herausgab — kurz vor dem Gründungsparlament der Deutschen Kommunistischen Partei. Das nach heute schwarz auf weiß vorliegende Programm des Spartakusbundes war ein Vorbehalt, eine Demonstration gegen die bolschewistische Taktik. Es sollte auch eine politische Festlegung der zu gründenden Kommunistischen Partei sein. Das bleibt selbst dann wahr, wenn auch heute noch einige Programme nicht begreifen, die es damals mit beschloffen haben, oder wenn es einige verleugnen.

Der Versuch Clara Zetkins, die historische Gestalt Rosa Luxemburgs zu einer Anhängerin der bolschewistischen Taktik, zu einer Terroristin zu machen, wird von all denen zurückgewiesen werden, mit denen sich diese gerade in den Januartagen 1919 über solche Fragen ausgesprochen hat.

Es bleibt schon dabei, daß die geistige Verantwortung für Putschakt und Terror-Anbetelei allein auf den Reuten vom geistigen Niveau der Eberlein-Zentrale lastet.

## Ein neuer Hungerstreik?

Uns wird ein Aufruf der politischen Strafgefangenen im Justizhaus Lichtenburg übermittelt, indem diese von neuem den Hungerstreik anzufangen, und zwar soll dieser am 22. Januar 1922 beginnen. Die Gefangenen erklären, daß sie am zehnten Tage nach Beginn des Hungerstreiks auch die Aufnahme von Wasser verweigern wollen.

Die Veröffentlichung des Aufrufs müssen wir ablehnen, da dieser nur geeignet ist, der Sache der Gefangenen selbst auf das schwerste zu schaden, und unreflexive Elemente der Arbeiterklasse zu Handlungen zu verleiten, die sie in ähnliches Unglück stürzen würden wie die Gefangenen selber. Wir sprechen hier nochmals mit aller Offenheit aus, daß der Hungerstreik ein durchaus ungeeignetes und zweckloses Mittel ist, um die Freilassung sämtlicher Gefangenen zu erzwingen. Der Reichsjustizminister, Genosse Rabbrück, hat eine periodische Nachprüfung der

Schnelligkeit über die schottische Küste. Schon beginnt Aberdeen angegriffen zu werden; die Anhänger finden sich unter allen Gesellschaftsklassen. Dabei sind die Fischer der schottischen Küste ein harter und zurückhaltender Menschenschlag. Aber die soziale Ernüchterung und Enttäuschung der letzten Jahre hat sich in diesem besonderen Fall mit wirtschaftlichen Notständen verbunden, die ihre Wurzel in den schlechten Ergebnissen des diesjährigen Fischfangs haben. In solcher Atmosphäre konnte der in der ganzen Welt aufkeimende Anarchismus in den durch den traditionellen Calvinismus Nordschottlands vorbereiteten Gemütern leicht Boden finden.

Eine Stadt unter Wasser. Lieder die schwere Sturmflut, von der die am Nordufer des Humber gelegene englische Stadt Hull in diesen Tagen heimgesucht wurde, bringen die Londoner Blätter jetzt näher Einzelheiten. Die alten und festliegenden Teile der Stadt waren im Handumdrehen von den wildbrausenden Gewässern des Humber überflutet, nachdem die Schleusen, die besonders die unter dem Wasserpiegel liegenden Teile der Stadt schützen sollten, wie alles, was der Flut in den Weg trat, weggespült worden waren. Die Straßen waren, als die Katastrophe eintrat, von Menschen überfüllt, die sich beim Herannahen der Flut in hastender Eile in die Häuser und Wägen flüchteten. Aber das Wasser, das rasch die Höhe von zweieinhalb Meter erreichte, überflutete im Augenblick die unteren Stadwerke, so daß sich alles in die oberen retten mußte, nachdem man versucht hatte, die Möbel in Sicherheit zu bringen. Auf den schmutzigen Wasser trieben Bänke und Körbe mit Enten, Hähnen und anderem Geflügel. Bald stieg die Flut von den niedrigen Stadtteilen in die höheren hinauf. Man sah zwischen den Gaslampen, die brennend aus dem Wasser hervorragten, Fische aufschwimmen. Viele Haustiere wurden von der Flut überflutet und ertranken. Fast alle öffentlichen Gebäude und zehn Banken erlitten durch die Flut schweren Schaden. Die Eisenbahnzüge mußten halten, die Telefon- und Telegraphenleitungen waren zerstört. Der Schaden ist sehr groß, er wird für Hull allein auf 10 Millionen geschätzt. Die Stadt ist immer noch überschwemmt, und man spricht von vielen heldenhaften Rettungstaten, die namentlich bei der Bergung von Kindern und Greisen in die Erscheinung traten.

Vorträge im Kunstgewerbemuseum. Das Kunstgewerbemuseum veranstaltet im nächsten Quartal zwei Vortragsabende: 1. Professor O. Menck, „Der neuzeitliche Bilddruck“, Freitag abends 8 Uhr, Anfang 20. Januar; 2. Professor Dr. O. Fischel, „Kleber, Kunst und Technik“, Dienstag abends 8 Uhr, Anfang 24. Januar. Karten im Verkauf der Bildhauer, Prins-Albrecht-Str. 7a.

Volksbildungslehre. Der Arbeitsplan enthält die Anordnung von weit über 200 Veranstaltungen aus allen Gebieten der Wissenschaft, Technik, Kunst und Literatur. Für die meisten ist die Form der Arbeitsgemeinschaft vorgesehen. Daneben finden auch Vorträge statt, die von größerer Öffentlichkeit sind. Außerdem gibt es naturwissenschaftliche Wanderungen, Museumsführungen und literarische Veranstaltungen. Die Hörgelder betragen noch immer nur 50 Pf. für die Stunde, die Vorträge von 8 Abenden zu je 2 Pf., Stundenlohn 6 Pf., die Reihe von 8 Vorträgen 8 Pf. Die einzelnen Vorträge (mehr als 100) verteilen sich auf alle Stadtbezirke. Die Arbeitspläne sind außerdem in der Volksbildungsbehandlung zu haben, ferner in den Buchhandlungen „Freiheit“ und „Vorwärts“, sowie an zahlreichen anderen Stellen. Der Kartendruck beginnt am 18. Dezember, die Arbeit am 9. Januar.

Urteile zugesichert, die Ausführung dieses Versprechens wird durch Hungerstreiks in keiner Weise gefördert. Da bis zum angelegten Termin des Hungerstreiks noch eine Frist von fast vier Wochen liegt, so hoffen wir, daß auch die Kommunisten, die ja schon beim ersten Lichtenburger Hungerstreik im Reichstag und Landtag erklärt haben, daß sie alles aufgeben hätten, um die Gefangenen vom Hungerstreik abzubringen, in unserm Bemühen unterstützen werden, in der Zwischenzeit die Gefangenen von der Zwecklosigkeit ihrer Absicht zu überzeugen.

## Die Jugend für die Niederschönenfelder!

Der Reichsausschuß der in der SPD. organisierten Jungsozialisten hat zu Weihnachten an den bayerischen Ministerpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet, um dessen Veröffentlichung wir gebeten werden:

Herr Ministerpräsident!

Sie werden es begreifen, daß das die ganze Öffentlichkeit interessierende Los der unglücklichen politischen Gefangenen auf der Festung Niederschönenfeld besonders die sozialistische Jugend auf das schmerzlichste berührt. Wir nehmen den wärmsten Anteil an den Gefangenen, von denen ein Teil Mitglieder unserer Partei sind und deshalb, wenn sie auch durch gerichtliche Urteile zu harten Strafen wegen der Ereignisse in München verurteilt sind, doch ihrer ganzen politischen Auffassung nach im Gegensatz zu den Trägern der Münchener Räterepublik stehen und stehen. Sie wissen als Justizminister noch besser als wir, wie leicht in politisch stark erregten Zeiten auch die Gerichte nicht genau zu unterscheiden vermögen zwischen den tatsächlichen Leitern und Treibern einer Bewegung und den von diesen Mitgerissenen. Aber ganz abgesehen davon, ist so lange Zeit seit dem Beginn der Urteilsvollstreckung verfloßen, war die Strafvollstreckung so hart und streng und auch im Widerspruch mit dem, was der Gesetzgeber unter Festungshaft verstanden wissen wollte, daß wohl genug verbüßt worden ist. Wenn wir auch selbstverständlich mit unseren Parteifreunden, die, wie die Geschichte der letzten Jahre bewiesen hat, mit den Prinzipien der Räterepublik nichts gemein haben, vor allem sympathisieren und ihre Freilassung zu Weihnachten erbitten, so beklagen wir das Los aller, die für ihre Anschauungen büßend noch weiter getrennt von den Ihren hinter Festungsmauern bleiben sollen. Besonders rührt uns das Schicksal Ernst Tollers, dieses hochbegabten Dichters. Wir wünschen nicht, daß man einer deutschen Regierung nachsagen soll, daß sie im 20. Jahrhundert deutsche Dichter wegen ihrer Gesinnung Jahre hindurch gefangenhalten, in ihrer Befreiung untergraben, in ihrer dichterischen Fähigkeit gelähmt hat. Das deutsche Volk und die deutsche Jugend wünscht Wiedergeburt des deutschen Geistes, sie hofft von dem Herrn Ministerpräsidenten Bayerns, daß er unser Sehnen nach Befreiung unserer Freunde und eines so begabten Dichters, wie es Ernst Toller ist, nicht nur begreift, sondern auch teilt.

Sie wollen Friede auf Erden, Herr Ministerpräsident, nützen Sie die Gelegenheit, das zu beweisen bei dem nun nahenden Weihnachtsfeste.

München, 27. Dezember. (WZ.) Der Untersuchungsausschuß der KPD. fällt eine Entscheidung, wonach der kommunistische Stadtrat Weigel dringend verdächtig ist, die Spende eines amerikanischen Genossen zugunsten der kommunistischen Festungsgefangenen an ihm persönlich nahestehende Personen nach seinem Ermessen verteilt zu haben. Bis zur vollen Klärung der Angelegenheit dürfe Weigel Funktionen innerhalb der Partei und sein Mandat als Stadtrat nicht ausüben.

## Die Abgabe für den Wohnungsbau.

50 Proz. der Friedensmiete!

Bekanntlich stellte sich Reichstag und Reichswirtschaftsrat im vergangenen Monat auf den Standpunkt, daß zur Gewährleistung von Baukostenbeiträgen im Jahre 1922 die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues erhöht werden muß. Als Ziel wurde dabei die Aufbringung einer Summe von sechs Milliarden Mark als Mindestbetrag hingestellt. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der jedoch dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 vorgelegt hat, glaubt mit diesem Mindestbetrag von sechs Milliarden Mark etwa 60 000 bis 70 000 Wohnungen finanzieren zu können.

Das Reichswirtschaftsministerium beschäftigt sich augenblicklich mit der Frage, wie das von den Versicherungsträgern nicht zu erhaltende Kapital beschafft werden kann; es gibt sich der Hoffnung hin, daß wenigstens ein nicht unerheblicher Teil der notwendigen Mittel auf dem Anleihewege beschafft werden kann. Die Wohnungsabgabe muß nach Ansicht des Reichsarbeitsministers mindestens um denjenigen Betrag erhöht werden, der zur Verzinsung und Tilgung des Mindestbetrages von sechs Milliarden Mark notwendig ist, wobei die Tilgungsdauer nur auf längstens zehn Jahre zu bemessen sein dürfte.

Insmerhin betont das Reichsarbeitsministerium, daß die Möglichkeit offen gehalten werden muß, einen Teil der Abgabe unmittelbar zur Gewährleistung von Baukostenbeiträgen — ohne Zulassung von Anleihen — zu verwenden. Für das Jahr 1922 wird nach den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums aus der Abgabe ein Betrag von mindestens zwei Milliarden Mark aufzubringen sein. Diese Summe erfordert unter Berücksichtigung der Erhebungskosten und der voraussichtlichen Ausfälle etwa 40 Proz. der Friedensmietwerte. Demgemäß müßte für 1922 die Abgabe in Höhe von im ganzen 10 plus 40 gleich 50 Proz. (von Ländern und Gemeinden zusammen) erhoben werden. Nach diesen grundsätzlichen Erwägungen ist in dem vorgelegten Gesetzentwurf die Fällung des Gesetzes vom 26. Juni 1921 entsprechend abgeändert.

## Der Sowjetkongress.

Moskau, 27. Dezember. (DE.) Unter dem Vorsitz Kallinins erstattete Lenin einen zweistündigen Bericht über die äußere und innere Lage Sowjetrußlands. Obwohl der Weltkapitalismus sich zu zerfallen beginne, hätten die werktätigen Massen des kapitalistischen Westens noch nicht den Weg der Revolution beschritten. Rußland befinde sich zurzeit

im Zustande eines labilen Gleichgewichts

und müsse auf neue Ueberfälle gefaßt sein. Die Sowjetregierung habe die Randstaaten anerkannt, verwehre sich aber gegen eine Verhöhnung, wie sie Lepkin Finnland geübt. Ohne Beziehungen zum Auslande könne Sowjetrußland nicht bestehen; es müsse bei den zum Wiederaufbau herangezogenen Kapitalisten wirtschaften lernen.

Zum Schluß forderte Lenin zur Solidarität mit den Bauernmassen auf, was einzig den endgültigen Sieg der revolutionären Errungenschaften verbürge. Darauf billigte der Kongress einstimmig die äußere und innere Politik der Sowjetregierung.

Kallinin berichtete, daß aus staatlichen Mitteln bisher nur 10 Proz. der erwachsenen Bevölkerung und 17 Proz. der Kinder der

Hungergebiete dürrig verpflegt werden konnten, daher war der Staat genötigt, sich um Unterstützung an die Bevölkerung zu wenden; die allgemeine Hilfsmittel müßte wesentlich verstärkt werden. Kallinin sprach die Gewißheit aus, daß sein Appell auch beim ausländischen Proletariat Widerhall finden werde.

Kamenew berichtete an umfangreichem statistischen Material über

Die neue Wirtschaftspolitik

und der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates, Bogdanow, über die Lage der russischen Industrie.

Zu dem Rechenschaftsbericht Lenins bemerkt die Moskauer „Pravda“, daß er deutlich den Wunsch nach friedlichen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Auslande gezeigt habe; die Sowjetregierung würde diese Beziehungen durch Verwaltungsmaßnahmen und durch weitere Zugeständnisse wirtschaftlicher Art erleichtern, doch werde sich Sowjetrußland keinesfalls zum Spielball für die Großmächte hergeben.

## Der Krach der China-Bank.

Zum Verständnis der gestern zum Abschluß gelangten Debatte der französischen Kammer über den Krach der China-Bank wollen wir diese Vorkommnisse aus dem letzten Sommer kurz ins Gedächtnis rufen: Die betreffende Bank war während des Krieges entstanden und hatte einen großen Aufschwung genommen. Doch verpekulierte sich ihre Leiter in verschiedenen Unternehmungen, und plötzlich drohte der Zusammenbruch. Vorsitzender des Aufsichtsrats war der Senator André Berthelot, ein Sohn des großen französischen Chemikers. Dessen Bruder Philippe, der leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, sandte nun an die französische Botschaft in London ein amtliches Telegramm, das er seinem Minister (damals Georges Leygues) nicht vorlegte, indem er suchte wurde, die Reuter-Nachrichten aus China über den bevorstehenden Krach zu dementieren! Diese Tat der brüderlichen Liebe scheint aber nicht die einzige gewesen zu sein. Andere Telegramme ähnlicher Art, die Berthelot nach Amerika sandte, wurden in der jetzigen Debatte enthüllt. Nun wurde aber alles nachträglich mit dem „nationalen Interesse“ Frankreichs im fernen Osten begründet. Damit hat sich die Regierung aus der etwas schwierigen Situation herausgemogelt, Berthelot selbst aber für alle Fälle fallen gelassen. Man nennt ihn indessen bereits in Pariser Blättern als den künftigen Botschafter Frankreichs in Berlin.

Paris, 27. Dez. (WZ.) In der heutigen Kammer Sitzung ergriff Briand das Wort, um die Interpellation bezüglich der Sanierung der Banque industrielle de Chine zu beantworten. Er beschäftigte sich im einzelnen mit den gegen den früheren Generalsekretär Philippe Berthelot vorgebrachten Beschuldigungen und erklärte, das Telegramm, das Berthelot dem französischen Finanzagenten Cazenave übermittelt habe, sei kein offizielles Telegramm gewesen, jedoch habe Berthelot geglaubt, er sei im Unrecht und sei deshalb gegangen. Dies sei ein Unglück für das Land, das mit ihm einen erfahrenen Beamten verliere. Die Lage der Banque industrielle de Chine werde jetzt durch den Gesetzentwurf, den er heute eingebracht habe, gerettet. Das hindere nicht, daß, wenn Fehler begangen seien, die Schuldigen bestraft würden. Eine Untersuchung sei im Gange. — Im Lauf der Debatte sprach der Abg. Painlevé zu der Sanierung der Bank und drückte den Wunsch aus, daß in Zukunft die Regierung über alle bedeutenden Bankunternehmungen eine Kontrolle ausüben möge.

Nach einer Kontroverse zwischen Ministerpräsident Briand und dem Abgeordneten Laitinger, der wiederholt verlangte, daß die Verantwortlichen in der Angelegenheit der Banque industrielle de Chine festgestellt werden, und daß eventuell Strafmaßnahmen ergriffen werden sollen, wurde die Debatte geschlossen. Es wurden aus dem Hause verschiedene Resolutionen eingebracht. Ministerpräsident Briand nahm die Tagesordnung des Abgeordneten Outrey an, in der gesagt wird, man vertraue darauf, daß die Regierung das Prestige und den Kredit Frankreichs im fernen Osten nicht vermindern lasse und daß sie alle erforderlichen Maßnahmen hierzu ergreife, auch alle Verantwortlichen in der Angelegenheit der Banque industrielle de Chine feststelle, um Strafmaßnahmen gegen die Verantwortlichen zu ergreifen. Zu dieser Tagesordnung stellte der Abgeordnete Herriot den Zusatzantrag, jedem Parlamentsmitglied und jedem Staatsbeamten zu verbieten, in den Aufsichtsrat von Finanzgesellschaften einzutreten. Den gestellten Antrag, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, lehnte Briand ab. Die Kammer lehnte mit 390 gegen 213 Stimmen die verlangte Untersuchung ebenfalls ab. Gegen die beantragte „einfache Tagesordnung“ stellte Minister Loucheur namens der Regierung die Vertrauensfrage. Die einfache Tagesordnung wurde mit 373 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Hierauf folgte die Abstimmung über die Tagesordnung Outrey und über den Zusatzantrag Herriot, den Briand ebenfalls angenommen hatte.

Paris, 27. Dezember. Die Kammer hat die Vertrauensstagesordnung Durieux mit 355 gegen 117 Stimmen angenommen.

Paris, 27. Dezember. (Javas.) Briand beabsichtigt, den Posten eines Generalsekretärs im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten abzuschaffen. Die Funktionen des zurückgetretenen Generalsekretärs Berthelot sollen auf den Direktor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Peretti della Rocca übergehen.

## Ein Danziger Konflikt.

Danzig, 27. Dezember. (WZ.) Dem mit Sprengmunition (für wen wohl? Red.) beladenen Dampfer Gauja, der vor einigen Tagen auf der Danziger Reede eingetroffen ist, wurde nachträglich die Genehmigung zur Einfahrt in den Hafen erteilt. Da sich die Hafenarbeiter weigerten, die Munition zu löschen, ist der Dampfer auf Anordnung des Hafenausschusses, der die Verantwortung für die Gefährdung der Schifffahrt durch den unentladenen Munitionsdampfer nicht übernehmen konnte, am Sonnabend wieder auf die Reede hinausgeschleppt worden. Daraufhin haben die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

## Deutschösterreichs neues Kreditgesuch.

Wien, 27. Dezember. (WZ.) Die österreichische Regierung hat an die Reparationskommission das Gesuch gestellt, ihr bis zur definitiven Rückstellung des Generalpandes die Aufnahme eines Interimsvorschusses von 3 Millionen Pfund Sterling durch Freigabe von Aktien zu ermöglichen. Die Reparationskommission hat sich bereit erklärt, zu diesem Zwecke die Gobelins und eventuell auch andere Pfänder freizugeben. Die Verhandlungen wegen Aufnahme eines Anlehens auf dieser Grundlage werden nach Neujahr fortgesetzt werden.

Als Sachverständiger für Hungersnöte ist der aus den zahlreichen indischen Hungersnöten bekannte Sachverständige Sir Benjamin Robertson nach Rußland abgereist.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Bergwerksexplosion von Mont Cenis.

### Folgeschwere Mißachtung der Bergpolizeiordnung.

Das Unglück von Mont Cenis, das sich vor einem halben Jahre ereignete, beschäftigt noch immer die Öffentlichkeit. Während die Arbeiter die Ursache größtenteils auf die privatkapitalistischen Ausbeutungsmethoden zurückführten, drehte das Unternehmertum den Spieß um und beschuldigte die Arbeiter, die bergpolizeilichen Vorschriften nicht beachtet zu haben. Die Vorschriften sind da; passiert trotzdem etwas, dann sind eben diese Vorschriften mißachtet worden! So zieht sich das Unternehmertum auf alle Fälle aus der Schlinge. Darin liegt jedoch eine solche Selbstmordbeschuldigung der Bergarbeiter, daß dieses Schema seine Blüten hat.

### Der Betriebsratsvorsitzende Unionist Luczynski,

der bisher gegenüber den Beschuldigungen seiner toten Kameraden von Mont Cenis, ihrer eigenen Unachtsamkeit, ihrer Uebertretung der Vorschriften hätten sie ihr Schicksal zuschreiben, geschwiegen hat, erklärte plötzlich in einer Versammlung der Zeche Mont Cenis in Sodingen, er sei

### über die Ursachen des großen Unglücks

sehr wohl im Bilde. Bisher hätte er geschwiegen und auch dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegenüber Angaben gemacht, die nicht richtig seien, aber er hätte niemand belästigen wollen. Die Mörder seien noch auf Mont Cenis beschäftigt. Jetzt würde er nicht mehr schweigen, sondern die volle Wahrheit sagen, weil die Zecheverwaltung

### Strasfantrag gegen die „Rote Fahne“

stellte. Es mag dahingestellt bleiben, ob ein Mensch, der in einer solchen Angelegenheit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Wahrheit verschwiegen haben will, sie nun jener Versammlung gesagt hat. Der Bergarbeiterverband ist den Dingen nachgegangen.

Die Werksleitung beruft sich darauf, daß die Explosion durch einen verbotswidrigen Dynamitschuh eingeleitet sei und sie deshalb schuldlos sei. Doch

### wer gab den verbotswidrigen Schuß ab?

Es war ein Schliephauer Pauli, der selber den Tod mit bei der Explosion gefunden hat. In dem Abstellungsquerschnitt, wo der folgenschwere Dynamitschuh fiel, wurde mit dem Sprengstoff verbotswidrig umgegangen, da es an Aufsicht mangelte. Der Schliephauer Pauli war

### ein Slowene, der kein Wort deutsch lesen konnte.

Entgegen einer ganzen Reihe von Paragraphen der Bergpolizeiordnung wurde dieser der deutschen Schriftsprache gänzlich unkundige Mann als Schliephauer beschäftigt. Diese Beschäftigung Paulis ist, wie die „Bergarbeiterzeitung“ feststellt, nicht nur eine Begünstigung der Explosionsursache durch die Werksleitung, sondern auch

### ein direkter Verstoß gegen die Bergpolizeiordnung.

Sie wirft die Schuldfrage auf: Trägt der tote Pauli die Verantwortung für den verbotswidrigen Schuß oder diejenigen, welche Pauli verbotswidrig zum Schliephauer gemacht haben?

An Vorschriften fehlt es kaum. Doch muß in erster Linie verlangt werden, daß sie von den Werksleitungen beachtet werden, vorab in Bergwerksbetrieben, wo Menschenleben in steter Gefahr sind.

### Erste Jugendkonferenz des Bauarbeiterverbandes.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat die Vertreter der jugendlichen Verbandsmitglieder zum 28. und 29. Dezember nach Leipzig in das dortige Volkshaus eingeladen. Diese Tagung ist zu dem Zwecke einberufen, den gewerkschaftlichen Gedanken unter den jugendlichen Bauarbeitern stärker als bisher zu fördern. Der Verbandsvorstand will die Sonderwünsche und Bestrebungen der jugendlichen Kollegen kennenlernen. Die Tagesordnung der Konferenz umfaßt 6 Punkte, von denen wir besonders

den Bericht über den bisherigen Stand der Jugendbewegung, den Ausbau der Jugendabteilungen, die Lehrlingsverhältnisse im Baugewerbe und Bildungsarbeit nennen wollen. Die Referenten zu dieser Tagesordnung sind zum Teil jugendliche Verbandsmitglieder.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hatte bereits vor dem Kriege eine ganze Anzahl von Jugendabteilungen. 1913 waren in 166 Abteilungen 3565 jugendliche Verbandsmitglieder zusammengeschlossen, es bestand also damals begründete Aussicht, in absehbarer Zeit die Mehrheit der jugendlichen Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Auch diesen aufblühenden Zweig der deutschen Arbeiterbewegung vernichtete der Raubfrost des Krieges. Nach dessen Beendigung galt es zunächst, die Gesamtorganisation wieder aufzubauen. Dabei wurden die Jugendlichen leider an manchen Orten vergessen. Der Umstand, daß das Baugewerbe in den Jahren 1919 und 1920 fast vollständig doniederlag, verhinderte auch, daß die Unternehmer Lehrlinge einstellten. Im 3. Quartal 1921 wurde durch Umfrage festgestellt, daß rund 6000 Lehrlinge und jugendliche Arbeiter dem Deutschen Bauarbeiterverband als Mitglieder angehören.

Der Verbandsvorstand sieht nun, ebenso wie andere Gewerkschaftsvorstände, voraus, daß die Interessen und Ideen seiner jungen Kollegen nicht in allen Punkten denen der älteren gleich sind. Er hat darum, und auch zugleich um den mehrfach von Jugendlichen geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, die erste Jugendkonferenz der Deutschen Bauarbeiter einberufen. Diese wird die Aufgabe haben, die wichtigste Vorarbeit für den Aufbau einer Jugendabteilung des Verbandes zu leisten. Wenn die Konferenz diese Aufgabe im rechten Sinne löst, dann wird diese Jugendorganisation in die größeren Aufgaben für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft hineinwachsen.

### Für die ertverbstätige Jugend.

Auf Veranlassung des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen traten im Reichstagsgebäude Vertreter der beiden sozialistischen Reichstagsorganisationen und Delegierte des Reichsausschusses zu einer Besprechung zusammen. Zur Beratung stand die Durchführung der Mindestforderungen zum wirtschaftlichen Schutz der Jugend und zur Reform des Lehrlingswesens. Gleichzeitig wurden die die Jugend betreffenden Bestimmungen der Gesetzgebung über die Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitslosenversicherung einer kritischen Betrachtung unterzogen. In der Beurteilung aller Fragen ergaben sich übereinstimmende Ansichten. Als vorläufig wichtigstes Ziel wurde die Forderung der Gewerbeordnung allseitig anerkannt, durch die jetzt den Lehrlingen schwere wirtschaftliche Schädigungen erwachsen.

Anfang Januar soll eine ernannte, nötigenfalls erweiterte Zusammenkunft unter Hinzuziehung der Fraktionsvorstände über zu unternehmende gemeinsame Schritte beschließen.

### Verbandsstag der amerikanischen Bergarbeiter.

Der 28. Verbandsstag des Vereinigten Bergarbeiterverbandes (United Mine Workers), der jetzt alle zwei Jahre tagt, fand in Indianapolis statt. An der Eröffnungsfeier nahmen 1500 Vertreter teil, doch haben insgesamt 2257 Delegierte dem Verbandstage beigewohnt. Die besonders schwer zu lösende Lohnfrage wurde bis zu einem im Februar 1922 erneut zusammentretenden Verbandsstages vertagt. Diesem soll ein besonderer Ausschuss Vorschläge vorlegen.

Der Verbandsstag zeichnete sich durch heftige innere Kämpfe aus. Diese begannen schon bei dem Teil der Berichte, der von einer Ausgabe von 27 000 Dollar handelt, die der Bezirksverband Illinois zur Unterbrechung eines wilden Streiks verwendete. Entgegen der schroffen Haltung der Bezirksleitung forderten der Verbandsvorstand und auch der Verbandsstages genaue Nachweis der Verwendung dieser Summe.

Noch größeren Sturm rief die Behandlung von zwei von der Verbandsleitung nicht gebilligten Streiks in Kansas hervor. Da sie eine Vertagung bestehender Abmachungen bedeuten, hatte der Vorstand dem Bezirksleiter aufgegeben, den Kampf abzubrechen, was dieser jedoch ablehnte. Schließlich wurde die Haltung des Vorstandes mit 2763 gegen 1701 Stimmen abgelehnt.

Der Verbandsstag trat entschieden für die Sozialisierung des Bergbaus ein. Zu diesem Zweck soll dem Bundesparlament durch den Vorstand ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Ankauf aller Kohlenvorkommen durch den Staat

vorseht. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, mit den Gewerkschaften der Eisenbahner zu einer gemeinsamen Aktion zu gelangen, zwecks Durchsetzung der Verstaatlichung der Eisenbahnen als eines ersten Schrittes auf dem Wege zur Sozialisierung, die später fortzuführen wäre, um auch die Kohenschäpfe in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen. Die gleichen Bestrebungen sollen auch auf Kanada, auf das sich bekanntlich die nordamerikanischen Gewerkschaften auch erstrecken, ausgedehnt werden.

Das Nachtragsabkommen für die Kurz-, Galanterie- und Spielwarenbranche vom 14. September ist mit Wirkung vom 1. September für allgemein verbindlich erklärt worden.

### Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 85 BRG. und § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920, Teilweise Stillelegung des Betriebes. Der Schlichtungsausschuss Frankfurt a. M. hat am 27. April 1921 unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Krefels 51 Stadtgärtnerarbeiten mit ihrem Einspruch auf Wiedereinstellung auf Grund des Betriebsrätegesetzes abgewiesen mit der Begründung, daß zwar keine teilweise Stillelegung vorliege, trotzdem aber eine unbillige Härte ebenfalls nicht angenommen werden könne, da die Maßnahme durch den Abbau des Betriebes begründet sei. Dagegen wurde der Einspruch auf Grund des § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 anerkannt und die Weiterbeschäftigung der Entlassenen ausgesprochen, da vor der Entlassung zuerst eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen sei. Aus der Begründung hierzu ist folgendes von Wichtigkeit:

„Bei einem Betriebe, wie dem der Stadtgärtnerei, der nicht gegliedert ist, und bei dem alle Arbeiten ineinander übergreifen und wo alles ineinander läuft, kann überhaupt nicht von einer teilweisen Stillelegung des Betriebes gesprochen werden.“

Der Schlichtungsausschuss erachtet ihn (den Einspruch auf Grund des Betriebsrätegesetzes) aber als unbegründet, da die Kündigung für die größtenteils verheirateten Arbeiter bei der herrschenden großen Arbeitslosigkeit zwar eine unbillige Härte bedeutet, diese Härte aber durch die Notwendigkeit des Abbaus, also durch die Verhältnisse des Betriebes, bedingt ist.

Diese Arbeitsfregung kann nach der Meinung des Schlichtungsausschusses der Stadtgärtnerei zugemutet werden; sie mag mit Unbequemlichkeiten verbunden sein, sie ist aber technisch und ohne große finanzielle Schwierigkeiten durchzuführen.

Die Streckung der Arbeit braucht aber nur innerhalb des Stadtgärtnereibetriebes vorgenommen zu werden; eine andere städtische Betriebsabteilung kommt für die Streckung nicht in Frage.“

Deutscher Transportarbeiterverband, Branche Groß-, Gewerbe, Gruppe D, Papier und Tappen: Mittwoch 5 Uhr in der Schulaula Stadtschreiberei 24a, Gruppenversammlung, Stellungnahme zu den neuen Lohnforderungen. — Chemische Industrie: Donnerstag 7 Uhr in Wilkes Festhölle, Sebestianstr. 29, Vollversammlung.

Deutscher Bergarbeiterverband, Fachgruppe Metallindustrie: Versammlung für sämtliche Betriebsvertrauensleute sowie Funktionäre Donnerstag 7 Uhr im Schultheil, Neue Jakobstr. 24/25.

Genossenschaft der Wagenknechte, Donnerstag, Vatter: Mitgliederversammlung 8 Uhr in den Dranien-Festhölle, Neumannstr. 25. — Textil-Großhandel, Samt- und Seide, Baumwooll, Leinen- und Kiefernholz-Großhandel: Funktionärsversammlung 7 1/2 Uhr im Schultheil, Neue Jakobstr. 24/25.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Altko, Berlin-Wilhelmsstr. 10; Anzeigen: Th. Glöde, Berlin, Verlag Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin, Strauß-Bornhörs-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1, Otter 1 Verlag.

# Panflavin-Pastillen

sehr wirksam  
zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle  
besonders bei  
**Grippe, Heiserkeit, Halsentzündung, Verschleimung.**  
Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

# Silvester-Scherz-Artikel

in grosser Auswahl

Scherz-Konfekt, Raduartikel, Luftschlangen, Scherz-Pfannkuchen, Masken, Mützen, Ansteckartikel, Knallbonbons, Glesspiel, Konfettibälle

## Neujahrs-Karten

**Preise ohne Flasche u. Steuer. Steuerzuschlag 20% auf Wein**

<b>1920er Edenkobener</b> <small>Bowlen-Weinweine</small> 1/2 Flasche <b>14<sup>00</sup></b>	<b>1920er St. Johanner Steinberg</b> <small>Tafelwein</small> 1/2 Flasche <b>15<sup>00</sup></b>
Diverse Original-Liköre u. Schaumweine <small>erster Häuser</small> zu billigsten Tagespreisen	

### Bowlen- und Tafelweine, Spirituosen

1920er Bowlenwein..... 1/2 Flasche <b>12<sup>50</sup></b>	1918er Trabener Kräuterh. 1/2 Flasche <b>25<sup>00</sup></b>
Montagna-Rotwein..... 1/2 Flasche <b>15<sup>00</sup></b>	1919er Schloss Böckelheim. 1/2 Flasche <b>25<sup>00</sup></b>
1920er Oberh. Maikamm. 1/2 Flasche <b>15<sup>00</sup></b>	1918er Lieserer Schlossberg. 1/2 Flasche <b>25<sup>00</sup></b>
1920er Parlenh. Geyersb. 1/2 Flasche <b>15<sup>00</sup></b>	1918er Chät. Latour Sourg. 1/2 Flasche <b>25<sup>00</sup></b>
1920er Hackenh. Galgenb. 1/2 Flasche <b>18<sup>50</sup></b>	1918er Sauternes weiss..... 1/2 Flasche <b>32<sup>50</sup></b>
1917er Dürkh. Feuerberg. 1/2 Flasche <b>18<sup>50</sup></b>	1917er Hackenh. Galgenb. 1/2 Flasche <b>32<sup>50</sup></b>
1919er Neustadter Grain... 1/2 Flasche <b>25<sup>00</sup></b>	1917er Willing. Klosterberg. 1/2 Flasche <b>32<sup>50</sup></b>
1919er Enkirch. Steffensbg. 1/2 Flasche <b>25<sup>00</sup></b>	Oesterreichisch. Süsswein
1919er Hackenh. Kirckberg	Aller Tarragona.....
Weinbrand-Verschnitt** ..... 1/2 Flasche <b>29<sup>00</sup></b>	1/2 Flasche <b>56<sup>00</sup></b>
Deutscher Weinbrand*** ..... 1/2 Flasche <b>32<sup>50</sup></b>	1/2 Flasche <b>62<sup>50</sup></b>
Edler Jamaika-Rum mit 40% Bereibungszug ..... 1/2 Flasche <b>45<sup>00</sup></b>	1/2 Flasche <b>85<sup>00</sup></b>

<b>Rotwein- und Glühwein-Punsch-Extrakte</b>	
In Qualität, hochprozentig	
1/2-Liter-Flasche	1/4-Liter-Flasche
<b>52<sup>50</sup></b>	<b>75<sup>00</sup></b>
Original-Punsch-Extrakte <small>erster Häuser</small> zu billigsten Tagespreisen	

Großgläser 0er **275 325**

Großgläser geschliffen **975**

Weinrömer auf hohem Fuß **675**

Likörgläser ..... **375 475**

Rotweingläser glatt ..... **475**

Harzer Pokale 1er **775 875**

Teebedier gewirkt ..... **375**

## Glas-Bowlen in sehr grosser Auswahl

# HERMANN

Teebedier geschliffen ..... **675**

Bierbedier gewirkt ..... **375**

Bierbedier geschliffen ..... **675**

Likörschalen mit Metallband ..... **675**

Sektkelche glatt ..... **875**

Bowlingläser auf Hohl **675**

Bowlenkrüge zirkon **1875**



Groß-Berlin

Die Mehrheiten.

Nachdem für die 20 Verwaltungsbezirke die Zuweisung der aus den Listen der Wahlkreise und aus der Stadtliste gewählten Stadtverordneten an die Bezirksversammlungen beendet ist, veröffentlicht jetzt der Magistrat eine Zusammenstellung der Gesamtmitgliedergahlen der Bezirksversammlungen, aus der die Anteile der verschiedenen Parteien zu ersehen sind.

Die Zahl der in den einzelnen Verwaltungsbezirken zu wählenden Stadtverordneten ist, wie bekannt, sehr ungleich bemessen; sie schwankt von nur 15 in dem kleinsten Bezirk Zehlendorf bis 45 in den sechs Bezirken des früheren Berlin; sowie in den Bezirken Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln. Durch die Zuweisung der Stadtverordneten ist in manchen Bezirksversammlungen die Gesamtmitgliedergahl beträchtlich gesteigert worden, z. B. in den Bezirken Kreuzberg auf 88, Tiergarten auf 65, Wedding auf 65, Mitte auf 64 usw., dagegen erhöhte sie sich z. B. in den Bezirken Zehlendorf nur auf 18, Weissensee (von 39) auf 38, Reinickendorf (von 30) auf 34 usw.

An dem Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit, wie es sich nach den Wahlen der Stadtverordneten stellte, hat in den meisten Bezirken die Zuweisung der Stadtverordneten nicht mehr viel geändert. In manchen ist das Übergewicht der Mehrheit noch etwas verstärkt worden, in anderen haben sich kleine Abschwächungen des Übergewichts ergeben. Für keinen Bezirk ist das Ergebnis zu verzeichnen, daß durch den Eintritt der Stadtverordneten das Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit sich völlig umgekehrt hätte. Aber im Bezirk Spandau, von dessen 40 Stadtverordnetenmandaten 20 den drei Parteien der Linken und 20 den bürgerlichen Parteien gehörten, hat leider ein ungünstiger Zufall den Bürgerlichen die Möglichkeit des Einzutritts von sechs ihrer Stadtverordneten gebracht (gegenüber nur einem Stadtverordneten aus den Reihen der Linken) und ihnen damit das Übergewicht verschafft. Das ist eine „Korrektur“ des Wahlergebnisses, die dem Willen der Wahlmehrheit zuwiderläuft; denn von den in dem Bezirk abgegebenen gültigen Stimmen fielen etwas mehr als die Hälfte auf die drei Parteien der Linken.

Die Gesamtstärke der drei Parteien der Linken gegenüber der Gesamtstärke aller Parteien der Bürgerlichen ist jetzt in den 20 Verwaltungsbezirken folgende (den Anteil der S.P.D. an der gesamten Linken fügen wir in Klammern bei):

Table with 3 columns: Bezirk, S.P.D. (Anteil), Gesamtstärke. Rows include Mitte, Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, etc.

Bemerkung: es handelt sich immer nur um die in den Bezirksversammlungen sitzenden Vertreter, deren Zahl durch den Zutritt von Stadtverordneten zu den Bezirksversammlungen zugunsten oder ungunsten der verschiedenen Parteien geändert worden ist. Die Zahlen der für die Parteien abgegebenen Wählerstimmen zeigen ein mehr oder minder abweichendes Verhältnis, ein sehr abweichendes in Spandau, wie wir oben sahen.

Die Parteien der Linken haben, wenn sie zusammengefaßt, eine sehr starke Mehrheit in den Bezirken 3, 5, 14, eine noch recht ansehnliche in 4, 15, 17, eine mäßige in 16, 20, eine ganz geringe in 6, 18. In den übrigen Bezirken hat die gesamte Linke weniger als die Hälfte aller Sitze, ist also in der Minderheit. Sie bleibt hinter der bürgerlichen Mehrheit nicht sehr weit zurück in 1, 8, 13, 19, viel weiter in 2, noch weiter in 7 und 11, wo die Linke nicht mehr ein Drittel aller Sitze hat. Es folgen dann die noch ungünstigeren Bezirke 12 und 9 und als allerungünstigster der Bezirk 10.

Ein Hypnotiseur unter Anklage.

Bedenkliche Experimente mit willensschwachen Frauen.

Mit der vom ärztlichen und vom juristischen Standpunkt wichtigen Frage, ob ein Hypnotiseur, der einen Menschen im hypnotisierten, also willensunfähigen und im Sinne des § 51 nicht straffähigen Zustand Straftaten begehen läßt, als Anstifter oder als Selbsttäter zu bestrafen ist, wird sich am 8. Februar kommenden Jahres die Strafkammer des Landgerichts III zu beschäftigen haben. Angeklagt wegen gemeinschaftlichen Diebstahls und Betrugs ist der Vortragredner und Hypnotiseur Leopold Rittig, geboren 1899 in Sombor in Galizien, während sich der Kaufmann Viktor Kriech, der Teppichhändler Alfred Joseph, beide aus Wilmersdorf, und der Kaufmann Hermann Reich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Der Angeklagte Rittig machte seinerzeit unter dem Namen „Do Rittig“ durch seine vielfach an das Gebiet des Uebernatürlichen grenzenden Experimente auf dem Gebiete des Hypnotismus und der Telepathie viel von sich reden. Wie die Anklage behauptet, soll er, jedoch auch die in ihm Handelnden geheimnisvollen Kräfte dazu mißbraucht haben, Frauen, auf die er einen besonders starken suggestiven Einfluß auszuüben verstand, zu Straftaten anzustiften. So hat er u. a. die Tänzerin Dora Schneider genannt Kalon im Herbst 1920 mit dem Erfolge hypnotisiert, daß sie auf seinen Befehl während des Tanzes einschlieft und sich nach der Hypnose „stark in ihr verliebte“, trotzdem er ihr vorher höchst unhympathisch war. Dieser suggestive Zustand soll sich auch später noch bemerkbar gemacht haben, indem die S. sofort schwindelhaft und müde wurde, wenn sie Rittig zufällig in einem Lokal oder auf der Straße traf. Die Zuneigung sei allerdings ohne Anwendung einer Gegenhypnose wieder geschwunden. Vielsach verwendete Rittig seine suggestive Kraft auch zu Heilwirkungen, insbesondere bei Damen aus der Kurfürstendammgegend, die dem Kokainismus und dem Morphinismus verfallen waren. So wurde er u. a. von dem am Kurfürstendamm wohnhaften Kaufmann Walter gebeten, seine Frau von dem Morphinismus und Schlaflosigkeit zu heilen. In Gegenwart des Mannes und anderer Zeugen versetzte Rittig Frau Walter in einen tiefen hypnotischen Schlaf, in dem sie auf Geheiß des R. allerlei tat, was sie nachher nicht wußte. Wie die Anklage behauptet, soll Rittig seine Kräfte auch in anderer Weise angewendet haben. In Abwesenheit des Ehemannes soll Rittig dann seinen Einfluß auf die Frau dazu benutzt haben, ihre Einwilligung zum Verkauf verschiedener Stücke der Wohnungseinrichtung zu erlösen. Rittig verließ mit Frau W. und deren Freundin nach Schierke, wo er beide Frauen in Gegenwart der Hotelgäste mehrmals hypnotisierte. Schließlich soll R. beide mit einigen hundert Mark im Polajhotel in Berlin haben sitzen lassen, obwohl er den gesamten Erlös aus den Verkäufen bei sich hatte.

Die Anklage und die Verteidigung nehmen allerdings dem angeblichen „Tranceszustand“ der Frau W. gegenüber eine etwas skeptische Haltung ein. Insbesondere behauptet die Verteidigung, daß Frau W. schon mehrfach ohne jeden hypnotischen Einfluß ohne

Wissen ihres Mannes heimlich Sachen verkauft und verlehrt und schon einmal die gesamte Wohnungseinrichtung zum Kaufe ausgeben habe. — Die Verhandlung selbst wird sich voraussichtlich zu einem kleinen medizinischen Kongreß gestalten, auf dem Fragen auf dem Gebiete der Psychologie, des Hypnotismus und der Suggestionswirkungen erörtert werden müssen.

Die Jagd nach den neuen Fünzigern.

Es hat lange, reichlich lange gedauert, ehe man sich in unserem guten Berlin entschlossen hat, ein Notgeld von charakteristischer Prägung herzustellen. Die alten zerkrümelten und runzeligen städtischen Fünzigter wurden und werden nur mit allgemeinem Widerwillen in die Hand genommen. Endlich aber, als es außer Berlin kaum noch eine deutsche Stadt gab, die nicht schon längst ihr eifrig gesammeltes Notgeld hatte, entschloß man sich auch in der Hauptstadt des Reiches, neue Fünzigter einzuführen. Um aber ein Verfallnis nachzubolen, wurden gleich zwanzig verschiedene hergestellt, von jedem Groß-Berliner Bezirk einer.

Nun hört man, daß schon über zwei Millionen Stück aus gegeben sein sollen. Aber wo sind sie? Die Straßenbahnschaffner spüren sie zur Ausgabe gebracht haben. Aber wer darf sich rühmen, von einem Straßenbahnschaffner jemals einen neuen städtischen Fünzigter erhalten zu haben? Je nun, wer sich des wirklich rühmen kann, der wird lächeln und schweigen, seine Briefschleife vornehmen und ihr mit prüfendem Blick etliche Scheinchen entnehmen, neue Berliner Fünzigter. Denn die täglich ankommende Gemeinde der Notgeldschaffner hat sich auf die Millionen Fünzigter gestürzt und — futsch sind sie. Wer einen haben will, kann danach fragen. So ist eine Not um das Notgeld entstanden, der man vielleicht dadurch abhilft, daß man erneut einen Notgelderschlag für das Notgeld herstellt.

Herr Kording, unser Kammerer, kann nach Abzug der Herstellungskosten dieser Scheine ein hübsches glattes Geschäft buchen. In der Offenlichkeit aber herrscht die Not um die fehlenden Fünzigter weiter.

Die Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse.

Auch ein zweiter Polizeibeamter geflüchtet.

Das Berliner Polizeipräsidium erteilte gestern eine amtliche Bekanntmachung, in der die auf Ergreifung des geflüchteten Unterwachtmeysters Zibler und die Wiederherbeischaffung des veruntreuten Geldes ausgelegte Belohnung auf 20 000 M. erhöht worden ist.

Wie die Ermittlungen ergeben haben, hatte der ungetreue Beamte die Veruntreuungen planmäßig vorbereitet. Er hat die Zeit abgewartet, als an der Kasse für Gehaltsvorschuße große Summen ausgezahlt wurden. Um einen größeren Vorsprung zu erhalten, hat er dann kurz vor dem Fest das Geld auf gefällige Scheids erhoben und ist damit geflohen. Die weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß mit dem flüchtigen Unterwachtmeyster Zibler noch ein zweiter Polizeibeamter, der 23 Jahre alte Unterwachtmeyster der Schuppolizei Willi Fehner durchgedrungen ist. Fehner, ein Freund des ungetreuen Hilfsarbeiters Zibler, war als Schreiber beim Stab der Schuppolizei auf dem Bezirksamt Friedrichshain beschäftigt. Auch er ist seit Donnerstag vergangener Woche flüchtig. Zweifellos ist er zusammen mit Zibler abgereist. Beide verkehrten zusammen in einem Lokal, wo sie dem Schenkwirt schon früher durch große Geldausgaben aufgefallen waren. Diese wollten sie, wie sie erzählten, zuerst durch Kennwörter, dann durch Valutaspekulationen erwerben haben. Der flüchtige Fehner ist ebenso wie Zibler groß, hat blonde, nach hinten gekämmte Haare und auch ein gewandtes und sicheres Auftreten. Er stammt aus Schwiebus bei Jülichau und war, bevor er zur Schuppolizei kam, Handlungsgehilfe.

Amüßig wird gemeldet, daß der Polizeipräsident neben der Bearbeitung durch die Kriminalpolizei alle notwendigen Maßnahmen zur Aufklärung der Angelegenheit verfügt hat. Zunächst ist der unmittelbare Dienstvorsorgesetzte Ziblers vorläufig von seinen Obliegenheiten entbunden worden.

Das Dödeli.

Von Jakob Boshart.

Einer reichte ihm sein Glas, wie es bei Bauern Sitte ist. Er setzte es an, hob es bedächtig immer höher, bis sich die Nase ganz darin verberg, und gab es dann, sichtlich ruhiger geworden, dem Spender zurück.

„Eine titulierte Armenpflege schaue das Trötteli an,“ begann er hierauf zu reden.

Alle Köpfe wendeten sich nach der Magd, die aber dadurch nichts weniger als verlegen wurde, sondern eine große Heiterkeit und ein stolzes Selbstbewußtsein über ihr rundes, flaches Gesicht ausbreitete und leise in sich hineinsicherte. Sie mochte zwanzig Jahre alt sein, stat in noch miltlicheren Kleidern als ihr Meister und hatte die schlaffe Haltung derer, die vom Kopf aus nicht kräftig genug regiert werden. Aber rote, fast glühende Backen und Lippen hatte sie, und gutmütige Augen, die ein frohmütiges Wesen verrieten und nur das Vachen zu kennen schienen.

„Lach' nicht so dumm!“ fuhr sie der Sigrift an, „du kommst zu Haus dann wieder mit deiner Hudelbab lachen! Aber so ist sie,“ wandte er sich zu den Armenpflegern; „sie häßelt noch wie ein Bierjähriges. Da fehlt's. Dienstbote! Ha, ha! Das war' mir nicht eingefallen! Ihr habt zu Haus Hacken und Schaufeln, nicht wahr? Was machen die, wenn ihr zu ihnen sagt: Geht und hackt und schaufelt? Nichts machen sie; sie stehen an der Wand oder faulenzgen im Winkel; grad so macht es das Trötteli.“

„Aber sie ist doch robust; das sieht man und braucht keine Brille dazu!“ unterbrach ihn einer.

„Robust? Ich sage nicht nein; was man sieht, soll man nicht abstreiten; aber was nützt's? Sind eure Hacken und Schaufeln nicht auch robust? Ich brauche es euch ja nicht zu sagen; ihr wißt es so gut wie ich; wenn man ein Narr ist, so ist man's im Kopf und nicht in den Händen! Robust. Ha, ha! Schaut ihr einmal zu, wie sie Erdäpfel aushaakt! Du kannst ihr hundertmal sagen: „Hach' hinter die Stauden!“ Sie hackt hundertundeinmal mitten hinein. Sie hat mkr im Herbst mehr als ein Fuder Erdäpfel zu Schweinefutter zerlarstet, natürlich immer die größten! Wer macht mir den Schaden gut? Etwas eine titulierte Armenpflege? Und so ist es mit allem! Im Rebberg schneidet sie die Trauben, wenn sie noch in den Ärgen sind; soll sie Korn aufnehmen, so drückt sie's mit den Füßen auf dem Aker. Im Stall muß ich ihr immer nachwollen, wenn das Halbe nicht bei der Kuh bleiben soll. Wie aber, sag' ich, spar' ich Zeit, wenn ich immer neben oder hinter ihr stehen und hüft und hock rufen muß? Das soll mir eine titulierte Armenpflege sagen.“

„Nu, nu,“ rief einer dazwischen, „wer zu schwere Garden macht, überläßt sich. Das Mittagläuten besorgt sie wie ein Geschleier; das kann die ganze Gemeinde hören.“

„Was man hört, will ich nicht abstreiten; aber ich kann sie doch nicht den ganzen Tag mittagläuten lassen!“

Es schelte wenig, so hätten die Armenpfleger bei diesem Ausspruch gelacht. Der Sigrift wurde zuversichtlicher. „Schlagt mir nur die zweihundert Fränkeln ab, gebt das Trötteli einem anderen, mir mag's recht sein; ich werde nicht lange anhalten. Aber schaut dann selber zu! Noch einem Jahr habt ihr zwei auf dem Hals, ein Jahr darauf drei, mit Zwillingen nicht einmal gerechnet. Man muß ihr aufpassen wie der Geiß am Gartenhag. Sie ist eben wie ihre Mutter, sie läßt sich mit den Händen fangen.“

„Hast du dich der Geiß angenommen, so hüt' sie,“ warf einer trocken dazwischen.

„Tu ich's oder tu ich's nicht? Würd' ich nicht aufpassen wie ein Hakenmacher, so hüt' sie schon lange ein Eisen abgelaufen! Grad da drüben in der Gaststube hockt einer, der um sie streicht, wie der Hund um den Braten, bis ich ihm einmal mit dem Geißelsteden den Buckel einreide. Er rechnet mit ihrem schwachen Verstand, der Schluff. Ich wollte lieber Tauben hüten, als so ein Trötteli. Und noch etwas. Achtet es eine titulierte Armenpflege so wenig, daß das Trötteli in einem Haus ist, wo man den Weg zur Kirche besser kennt, als der Pfarrer selber?“

„Den Pfarrer in Ehren,“ rief der Präsident dazwischen.

„Ja, ja, den Pfarrer in Ehren und die Frau Pfarrerin dazu, natürlich; das war nur so gesagt!“ erwiderte der Sigrift und verlor den Faden. Die Furcht, dem Pfarrer, von dem er abhängig war, ein Stück Achtung unterschlagen zu haben und bei ihm angeschwärzt zu werden, verwirrte ihn.

Der Präsident bemühte seine Verlegenheit, um den Wagen so zu drehen, wie er ihn haben wollte. Bedächtig setzte er an: „Wenn der Sigrift mit dem Dödeli Schudel soviel Arbeit und Unmuh' hat, wie er sagt, und er hat ja wohl Arbeit und Unmuh' mit ihr, so können wir ihn nicht verhindern, zweihundert Franken zu verlangen. Du bist also nicht willens, nachzulassen, Mägerli? Gib Auskunft!“

Der Sigrift hätte gerne mit sich reden lassen. Er hatte zweihundert Franken verlangt, weil er sich sagte, wer blasen wolle, müsse diese Backen machen; ernstlich hatte er aber kaum mit der Hälfte gerechnet. Jetzt aber, nachdem er sich in die Hige hineingeredet und selber überzeugt hatte, und nachdem sogar der Präsident, der ihm nicht sonderlich grün war, an der Forderung nicht zu rütteln versucht hatte, konnte er nicht markten lassen, und er sagte: „Was geschrieben ist, bleibt geschrieben.“

Der Präsident sann einen Augenblick vor sich hin und

brumnte dann aus einem Mundwinkel heraus: „Zweihundert Franken ist viel für den Gemeindefußel, versteht sich. Wir müssen noch darüber reden, ihr Mannen. Du kannst abtreten und das Dödeli auch. Wir geben dir Bescheid.“

Der Sigrift hielt seine Sache fast für gewonnen. Er wandte sich freundlich zum Trötteli und befahl ihm: „Allamarsch!“ Die Magd war ihm jetzt zweihundert Franken wert; das ließ die bessere Selts seines Wesens obenau schwingen.

Im Eifer vergaß er, die Türe hinter sich ins Schloß zu ziehen, und man hörte ihn in der Gaststube mit schallender Stimme sagen: „Trau dem dort nicht, du gutes Ding! Das ist ein Marder, der fräße gern alle einfältigen Hühner im Dorf! Allamarsch!“

Der Präsident zog die Türe zu und fragte: „Was meint ihr nun, ihr Mannen?“

Die Armenpfleger schauten unerschüffig vor sich hin, sie wußten nicht, wie sie den Ausspruch des Präsidenten deuten sollten. War es wirklich seine Meinung, dem Sigriften eine Magd und obendrein zweihundert Franken jedes Jahr von Gemeinde aus zu schenken? Oder hatte er wieder einen seiner Schleichwege im Sinn? Da keiner sich zum Reden entschloß, legte sich eine große Verlegenheit über das Stübchen, bis der Präsident sich nach einiger Zeit bemerkbar machte. Er hüftelte ein paar mal, rutschte auf seinem Stuhl hin und her, setzte zum Sprechen an und hüftelte und rutschte wieder. Solches Benehmen war seinen Amtsbrüdern wohlbekannt; sie wußten nun, daß er den Sigriften auf der Geiß heimlich schaden wollte, wie man sagt, freilich aber auch, daß er etwas ausgeheckt hatte, das nicht ganz ohne Bedenken und Scheu auszusprechen war. Endlich deckte er seine Gedanken ab, bedächtig, wie er Vah spielte:

„Das Dödeli Schudel ist beim Sigriften gut und wohl versorgt. An Essen und Tranklame spart er nicht an ihm, und wenn er es zur Kirche schickt und ihm sonst auf die Eisen geht, so soll ihm das angerechnet werden, wie's recht und billig ist. Aber...“ Er haspelte das Wort wie aus dem Wagen heraus und sah in einer bedeutungsvollen Pause der Reihe nach alle Armenpfleger an. Sie nickten ihm alle verständnisvoll zu.

„Aber... zweihundert Franken ist Geld; noch einmal soviel, und er könnte sein Gewerblein verzinsen. Nicht, daß ich es ihm nicht gönnte, versteht sich! Hätte das Dödeli keine Hände und Füße, so wolle ich auch nicht dawider geredet haben; aber ich habe sie auch schon auf dem Felde gesehen und auf der Wiele und im Rebberg, und als mein Nachbar, der Schumacher Köggeli, beerdigt wurde, hat sie fast ganz allein das Grab gegraben. Sie hat Schaufeln heraufgelüpf, denen ich selber mit einem Fluch hätte nachhelfen müssen.“ Er hielt wieder inne, ließ den Blick um den Tisch gehen, und wieder nickten die Amtsbrüder ihm zu.

(Fortsetzung folgt.)



**50 Jahre Deutscher Lehrerverein.**

Am 28. Dezember vollendet der Deutsche Lehrerverein das 50. Jahr seiner Arbeit. In den Weihnachtstagen des Jahres 1871 kamen Vertreter der Lehrerschaft aus allen Teilen des geeinten Deutschlands in Berlin zusammen und schufen als Einheitsorganisation den Deutschen Lehrerverein. Der damals erfolgte Zusammenschluß der deutschen Lehrerschaft war eine notwendige Voraussetzung für ihre Arbeit an der Ausgestaltung der Volksschule und der Hebung des Lehrerstandes. Wie weit die Lehrerschaft von diesen Zielen noch entfernt ist, soll heute unerörtert bleiben. In den 50 Jahren hat der Deutsche Lehrerverein seine Mitgliederzahl auf 140 000 zu steigern vermocht. Er begehrt sein Jubiläum in Berlin am 28. Dezember durch eine Festkündigung im Lehrervereinshaus und durch ein Festkonzert in der Philharmonie.

Gestern ging ein Begrüßungsabend voraus. In der langen Reihe der Festredner waren auch Vertreter der deutschen Lehrerschaft des Auslandes. Mit jubelndem Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß soeben der deutsch-österreichische Lehrerverein und dem deutschen Lehrerverein beigetreten ist. Strebel-Wien erklärte: Die Lehrerschaft des Deutschen Reiches und Deutschösterreichs ist eins in der Pflege deutscher Einigkeit, aber auch die politischen Grenzen zwischen beiden Ländern müssen fallen. (Stürmische Zustimmung.) Mit großer Herzlichkeit begrüßten die Festteilnehmer auch den Vertreter des Landesverbandes deutscher Lehrer in Polen. Er schilderte die Bemühungen, in Polen die deutsche Schule zu schützen. Aus der Schweiz war von der Lehrerschaft ein telegraphischer Glückwunsch eingegangen.

**Drei Millionen Dollar für deutsche Kinder.**

Aus einer aus New York nach Köln gelangten Mitteilung ist dort eine Dreimillionendollarsammlung seitens der Deutschamerikaner zugunsten der deutschen Kinder im Gange.

**Einspruch gegen den Höchstmetzenbeschluß.**

Der Oberpräsident hat gegen den Beschluß des Berliner Magistrats über die Festsetzung neuer Höchstmetzenzuschläge auf Grund einer Anordnung des Wohlfahrtsministers Einspruch erhoben. Dieser richtet sich gegen den Begriff der „gewerblichen Räume“. Die Aufsichtsbehörde will die höheren Zuschläge nur für die der Gewerbeordnung unterliegenden Betriebe anwenden und schlägt hierfür auch niedrigere Sätze vor.

**Besserung in der Kartoffelverföhrung.**

Das seit rund 10 Tagen auch in den östlichen und nördlichen Provinzen eingetretene und auch noch anhaltende offene Wetter ist, wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, für die gegenwärtige Kartoffelverföhrung günstig und wird in weitgehendem Maße ausgenutzt, um aus den Ueberflutungsgebieten Kartoffelsendungen in die Bedarfsgebiete gelangen zu lassen. So konnten in der vorigen Woche wieder erhebliche Mengen Kartoffeln der Bevölkerung ohne Frostschaden ausgeliefert werden. Nach Mitteilungen aus dem Reichsverkehrsministerium ist es gelungen, alle Anforderungen nach Wagengestellungen jetzt restlos zu erledigen.

**Neuerungen im Auslandsbriefverkehr.**

Die am 1. Januar 1922 in Kraft tretenden Weisungsverordnungen bringen eine Reihe wesentlicher Neuerungen. Gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen nach dem Auslande dürfen von Anfang nächsten Jahres ab nicht mehr als 2 Kilo wiegen und die Ausdehnungsregeln für Drucksachen (45 Zentimeter bei Rollenform 75:10 Zentimeter) nicht überschreiten. Einzelne (aus einem Stück bestehende, ungeteilte) Druckbände sind bei der Verwendung als Drucksachen bis 3 Kilo zugelassen. Warenproben dürfen bis 500 Gramm schwer sein. Auf Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben dürfen außen oder innen auf der Sendung handschriftlich oder mechanisch angegeben werden: Name, Eigenschaft, Stand und Anschrift des Absenders und Empfängers, auch Tag der Absendung, Unterschrift, Fernsprechnummer, Telegrammenschrift und Telegrammschüssel, sowie Post- und Bankkonto des Absenders. Postlagernde Sendungen nach dem Auslande müssen den Namen des Empfängers tragen. Die Verwendung von Anfangsbuchstaben, Ziffern, einzelnen Vornamen oder veränderten Zeichen irgendwelcher Art ist nicht zugelassen. Fensterbriefumschläge sind bei gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen wie innerhalb Deutschlands zulässig. Wertbriefe nach dem Auslande dürfen nicht mehr als 2 Kilo wiegen. Ihre Ausdehnung darf an keiner Stelle 45 Zentimeter oder bei Rollenform 75 Zentimeter in der Länge und 10 Zentimeter im Durchmesser überschreiten. Fensterbriefumschläge für Wertbriefe sind unzulässig.

**Saison- und Inventurausverkäufe.** Die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V. macht darauf aufmerksam, daß nach der Anordnung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 8. Juli 1914 Saison- und Inventurausverkäufe nur in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar und innerhalb dieser Zeit nur auf die Dauer von drei Wochen abgehalten werden dürfen. Nach dem Wettbewerbsgesetz sind diese Ausverkäufe in der Anfangsperiode als solche zu bezeichnen, d. h. es muß deutlich erkennbar sein, daß es sich um einen Saison- bzw. Inventurausverkauf handelt. Wohe Bezeichnungen wie „Käufungsänderverkauf“ oder „Ausverkauf“ genügen nicht, sind vielmehr klar. Dagegen dürfen die Inventurausverkäufe Hinweise wie „wegen bevorstehender Inventur“ oder „nach beendeter Inventur“ benutzt werden.

**Wo unsere Gänse bleiben.** Man wundert sich bei uns, daß die Gänse nicht nur sehr teuer, sondern auch sehr selten sind. Eine holländische Zeitung, das „Amsterdamer Allgemeinen Handelsblatt“, berichtet nun, daß über 100 000 Gänse von Gänzen eingeführt werden, die dann in Holland zum Preise von 1,50 Gulden das Stück verkauft werden und zwar nur deswegen angeblich so billig, weil sie „krank“ seien. Das aber trifft natürlich nicht zu. Während sich im holländischen Parlament die Bauern über diese

deutsche Einfuhr beschwerten, sind in Deutschland Gänse überhaupt nicht zu haben.

**Einsparungen des Personenzugfahrplans der Eisenbahnen** werden nach der soeben erschienenen Bekanntmachung der Eisenbahnverwaltung von Donnerstag, den 29. d. M., ab eingeführt. Unter Umständen Schonung des Berufsverkehrs sind folgende Zugausfälle angeordnet worden. Personenzug 329 ab Charlottenburg 9.29 vormittags nach Rührin. Voraus 842 von Rührin nach Charlottenburg an 6.38. D. 89 von Charlottenburg ab 7.39 abends nach Sommerfeld-Oderberg. D. 40 von Oderberg nach Charlottenburg an 10.01. Personenzug 241 von Charlottenburg ab 4.20 nach Sommerfeld. Personenzug 242 von Sommerfeld nach Charlottenburg an 1.42, sowie die Personenzüge 231 und 232 zwischen Frankfurt/Oder und Sommerfeld. Ferner fällt je ein Zugpaar zwischen Züllichau und Rothenburg, sowie zwischen Neppen und Slogau aus.

**Die Vollmilchkarten für den Monat Februar 1922** werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Alt-Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 9. Dienstag, den 10. und Mittwoch, den 11. für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Donnerstag, den 12. Freitag, den 13. und Sonnabend, den 14. Januar 1922. Den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sind sämtliche Milchkarten an einem Tage zu verabfolgen. Ferner gelangen A-Karten (Karten für werdende Mütter) zur Ausgabe. Die A- und AII-Kinderkarten erhalten je 1/2 Liter und die B-I- und B-II-Kinderkarten, sowie die A-Karten (Karten für werdende Mütter) je 1/3 Liter fränkisch käuflich. Die auf Milchkarten zu verabfolgende Milch wird zum verbliebenen Preise an die Bezugsberechtigten abgegeben. Die Höhe des Preises wird besonders bekanntgegeben. Die Inhaber von Milchkarten haben die Februar-Milchkarten bis zum 26. Januar 1922 einschließlich dem Milchhändler vorzulegen. Die Milchkarten können in allen A-B-Milchgeschäften und in sämtlichen Kaufhäusern zur Anmeldung gebracht werden.

**Die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft** kann im Jahre 1922 auf ihr hundertjähriges Bestehen zurückblicken. In einer Rede vorläßt sie alle ihre Mitglieder und Freunde zum Donnerstag, den 29. Dez. abends 6 Uhr, nach der landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, ein. Nach einem Vortrag mit Bildern von Major Ullmann wird Konominer S. Braun an der Hand der Vereinsgeschichte die treibenden Kräfte aufzeigen, welche im deutschen Gartenbau tätig waren.

**Wirtschaft**

**Reparationskohle und Markentwertung.**

Der Soz. Parl.-Dienst schreibt: Die auf Grund des Friedensvertrages und des Abkommens von Spa zu liefernde Reparationskohle wird Deutschland bekanntlich zum Inlandsmarktpreis auf Reparationskonto gutgeschrieben. Da diese Umrechnung zum jeweiligen Tageskurs erfolgt, hat Deutschland durch die im Laufe des Jahres eingetretene Markentwertung außerordentlich große Verluste erlitten. So war z. B. im Mai 1921 der Wert der Papiermark etwa ein Fünftel der Goldmark, im Oktober etwa ein Sechsdreißigstel, an einigen Tagen im November ein Siebzehntel und weniger. Dementsprechend wurde je Tonne gutgeschrieben im Mai 24 M. Gold, im Oktober 11,1 M. Gold, im November werden es etwa 6 M. Gold sein. Deutschland verliert also im November, verglichen mit Mai, auf die Tonne rund 18 M. Gold. Die Kohlenlieferungen in den Monaten Juni bis Oktober betragen in Summa 7 600 000 Tonnen. Für diese wurden gutgeschrieben 131 427 200 Goldmark. Wäre in den genannten Monaten der gleiche Preis gutgeschrieben wie im Mai, also 24,1 Goldmark je Tonne, so hätte die Gutschrift 183 181 600 Goldmark betragen, also 51 754 400 Goldmark mehr, als es tatsächlich der Fall war.

Im Monat November werden Deutschland für eine voraussichtliche Lieferung von 1,5 Millionen Tonnen nur etwa 6 M. je Tonne gutgeschrieben werden, gleich 9 Millionen Goldmark, so daß Deutschland im November 27 Millionen Goldmark weniger gutgeschrieben bekommen wird, als es bei gleicher Lieferung im Mai gewesen wäre. Rechnet man diese 20 Millionen Goldmark zu den oben errechneten 51 754 400 hinzu, so ergibt sich, daß Deutschland lediglich infolge der seit Mai eingetretenen Markentwertung für die Lieferung der Monate Juni bis November 78,7 Millionen Mark Gold weniger auf Reparationskonto angerechnet werden.

**Günstigere Handelsbilanz im November.**

Der Monat November, der Monat der Rekordkurse für den Dollar, brachte Deutschland eine erheblich günstigere Wukenhandelsbilanz als die vorangegangenen Monate. Nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Reichsamts ist nämlich im Exporthandel die Wareneinfuhr sowohl dem Werte wie der Menge nach zurückgegangen, und zwar sank der Einfuhrwert um 1,8 Milliarden Mark oder 11,5 v. H., die Einfuhrmenge um 4,7 Millionen Doppelzentner oder 15,7 v. H. Dagegen ist die Ausfuhr zwar der Menge nach etwas gesunken, nämlich um 0,8 Millionen Doppelzentner oder 3 v. H., während der Wert der ausgeführten Waren im Zusammenhang mit der Volatilitätsflektierung noch um 2,2 Milliarden Mark oder 22,7 v. H. stieg. Der Einfuhrüberschuß ermäßigte sich so der Menge nach von 10,8 auf 6,2 Millionen Doppelzentner, dem Werte nach aber von 4,2 auf 0,4 Milliarden Papiermark. Während der Monate Mai bis November zeigt die deutsche Wukenhandelsbilanz folgende Entwicklung:

Deutschland hatte in diesen Monaten einen zunächst stark und gleichmäßig steigenden Ueberfluß der Wareneinfuhr über die Ausfuhr. Dieser Ueberfluß ermäßigte sich im November sowohl der Menge wie dem Werte nach erheblich. Im einzelnen betrug der Einfuhrüberschuß der Menge nach (in Millionen Doppelzentnern):

Wuk	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.
8,9	8,1	8,7	2,8	6,6	10,8	6,2

im Werte (in Milliarden Papiermark):

Wuk	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.
0,9	1,0	1,4	2,7	8,2	4,2	0,8

Die eigenartige Bewegung im letzten Monat wird durch das Statistische Reichsamts folgendermaßen begründet: Das starke Anwachsen der Einfuhr im Oktober erklärt sich daraus, daß in diesem Monat zahlreiche Vorratsläufe zur Ablieferung gelangt sind, die abgeklommen wurden, als der Markkurs noch verhältnismäßig hoch war. Industrie und Handel aber bereits mit einer starken weiteren Entwertung der Mark rechneten. Dazu kommt, daß im Oktober der Goldzufluß sehr stark erhöht wurde, wodurch ein Anreiz entstand, möglichst viel Waren nach zu dem niedrigeren Kurs zu verkaufen. Bei den außerordentlich günstigen Umständen, die im Oktober die Höhe der Einfuhr beeinflussten, wäre es daher verfehlt, aus dem Vergleich der Oktober- und Novemberzahlen weitgehende Schlüsse zu ziehen. Man wird vielmehr die Ergebnisse der folgenden Monate abwarten müssen, um sagen zu können, ob die Verminderung des Einfuhrüberschusses im November den Anfang einer andauernden günstigen Entwicklung bildet oder nur eine vorübergehende Erscheinung ist.

In den Monaten Mai bis November hatte die deutsche Einfuhr einen Wert von 65,7, die Ausfuhr einen Wert von 52,0 Milliarden Mark, so daß sich für diesen Zeitraum ein Einfuhrüberschuß von 13,7 Milliarden M. ergibt.

Der deutsche Wukenhandel bietet im einzelnen während der fraglichen fünf Monate folgendes Bild:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge in Millionen Doppelzentner	Wert in Milliarden Mark	Menge in Millionen Doppelzentner	Wert in Milliarden Mark
November 1921	25,3	12,8	19,1	11,9
Oktober	80,0	13,9	19,7	9,7
September	25,3	10,7	18,7	7,5
August	21,1	9,4	18,3	6,7
Juli	19,2	7,6	15,6	8,2
Juni	18,2	6,4	15,1	5,4
Mai	15,3	5,5	11,4	4,5
Dezember 1920	20,0	—	17,6	7,8

Sowohl Einfuhr- wie Ausfuhrmengen sind also über den Stand des Dezembers 1920 hinausgestiegen.

**Die Kapitalerhöhungen bei der GEG.** Nach einer Bekanntmachung des Amtsgerichts Hamburg vom 16. Dezember ist durch Beschluß der Gesellschafter der Großkaufhaus-Gesellschaft Deutscher Kontowereine m. b. H. Hamburg, vom 16. Juni 1918 das Stammkapital der Gesellschaft um 10 Millionen Mark auf 80 Millionen Mark und durch Gesellschafterbeschuß vom 26. September 1921 weiter um 20 Millionen Mark auf 100 Millionen Mark erhöht worden.

**Spritzkornern und Zigarettenfabrik.** Der Konzern Roheneisenbogen, an dessen Spitze die Spritzfirma C. u. F. Kahlbauer steht, hat sich mit einem Drittel des Kapitals an der Gründung der „Benefit“-Zigaretten-Fabrik A.-G. in Berlin beteiligt. Unter den übrigen Gründern befindet sich die holländische Turtische Tabak Maatschappij mit einem weiteren und die bisherige Inhaberin des Unternehmens, die Firma Weinstein in Berlin mit dem letzten Drittel des Aktienkapitals.

**Italienische Handelsverträge.** Das jetzt unterzeichnete italienisch-russische Handelsabkommen enthält u. a. die Vereinbarung, daß in den nächsten sechs Monaten ein endgültiges Wirtschaftsabkommen abgeschlossen wird. — Der italienische Minister des Äußeren della Torretta und der russische Bevollmächtigte Worosch unterzeichneten außerdem ein Handelsabkommen zwischen Italien und der Ukraine, das sich mit dem italienisch-russischen Abkommen deckt.

**Wirtschaftskrise und schottische Genossenschaften.** Die Wirtschaftskrise auf die schottische Grobweinstoff-Gesellschaft ist nach wie vor stark. Im dritten Vierteljahr 1921 betrug der Umsatz lediglich 2 177 507 Pfund Sterling oder 83,1 Proz. Besonders stark leiden die Bekleidungs-, Fußzeug- und Möbelabteilungen. In verschiedenen Betrieben mußte der Betrieb gestoppt, zum Teil sogar eingestellt werden. Besonders ungünstig lagen die Verhältnisse in der Milchabteilung. In den Wäldern war infolge starker Benutzung eingeführtes Wechles eine wöchentliche Rinderproduktion von 5000 Stk zu verzeichnen. Erfreulich arbeiteten dagegen die Fisch- und die Konjervenabteilung.

**Aus aller Welt.**

**Ein verbrecherischer Geisteslicher.** Vor etwa zwei Jahren hatte es in Salzburg großes Aufsehen erregt, daß in Ritter III Brandstiftungen und Diebstähle in großer Zahl vorkamen. Später wurde ein Verfahren gegen den katholischen Geistlichen Thomas Pferskorn eingeleitet. Das Verfahren wegen Brandstiftung mußte wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden, dagegen wurde Pferskorn wegen Diebstahls, öffentlicher Gemeindefälschung, gefährlicher Bedrohung und Verleumdung nunmehr zu 13 Monaten schwerenerkers verurteilt.

**Großfeuer infolge einer Weihnachtsfeier.** In der Christnacht entstand in Perlach bei München ein Großfeuer, das ein Dekonomiegebäude mit großen Erntevorräten und wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen vollständig vernichtete. Der Schaden übersteigt eine halbe Million Mark. Der Brand ist dadurch entstanden, daß halbwaldische Burschen beim Weihnachtsanschießen Feuerwerkskörper warfen.

**Bahnhofbrand in Bukarest.** Der Nordbahnhof ist zur Hälfte abgebrannt. Der Schaden wird auf 10 Millionen Lei geschätzt. Mehrere Personen wurden verletzt. Der Brand ist wahrscheinlich durch Kurzschluß verursacht worden. Der Zugverkehr ist normal.

**Wirbelsturm im Mississippi.** Nach einer New Yorker Depesche der „Chicago Tribune“ sind bei einem Wirbelsturm im Mississippi 31 Personen getötet und 70 verletzt worden.

**Erfinder**  
Gute Verdienstmöglichkeit. Aufführung u. Verwertung erfindungsfähiger Erfindungen. Ein neuer Beruf? Endgültig. F. Sedmann & Co., Eln. Röntgenstr. 51/52.

**Jagdgewehre**  
Automatische Pistolen usw. Antau, Berl. Umst. 11. Gewehr-Fabrik.

**Gust. Rätzel**  
Berl. SW. 6, Kerp. 10. 50.

**Suche dringend Almetalle**  
Kupfer, Rotgull Messing, Zinn, Lagermetalle usw. zu bekanntesten höchsten Tagespreisen. Stingl, Alte Jakobstr. 90, Zentrum 5317.

**Asrael**  
GEGR. 1815 • BERLIN C • KÖNIGSTRASSE • SPANDAUERSTRASSE

**Der Inventur wegen bleibt das Kaufhaus Donnerstag, den 29. Dez., geschlossen**

**Freitag, den 30. Dez., wird um 3 Uhr geöffnet**

**Der Inventur-Ausverkauf beginnt Montag, den 2. Januar**

**Vorsicht** Verkaufen Sie nichts zu billig, ich kaufe ohne zu handeln und zahlen wie bekannt die höchsten Preise für:

Zahnlit.	Uhren	Besteck	Zahn
Kontakte	Leinwand	Sachen	bis 200
Brennstoffe	Ringe	Bruch	bis 2000

**Richard Herrmann** Wilhelmstr. 39, Ecke Kochstraße  
Vom Publikum selbst als eine höchstzahl. Stelle anerkannt.  
Der weisere Weg zu mir lohnt sich. Vorzeiger dieser Anzeige erhält bei Verkauf 5 M. extra.

**Ich praktiziere jetzt** (18. 11-2, 5-7, Sonntag 10-11.)  
**Dr. med. W. Freyermann**  
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden  
zuletzt in Stelle eines Oberarztes der Haut- u. Geschlechtskrankheiten u. am Rudolf-Virchow-Krankenhaus und Krankenhaus Södel.

**Naturarzt und Homöopath**  
**Dr. O. H. Ziemann** (Nollendorferplatz 2)  
für alle Krankh. Gültig. Behandl. ohne Einspritzg. Geschlechtskrankh., Haut-, Harnleid., Syphilis, Mannschw., Frauenid., Störungen, Weibh. etc. — Sprechst. 10 1/2-12 1/2, 2-6, Sonntag 11-12

**Biesdorf-Mahlsdorf**  
näh. Bahnhöfen Dargowitz, Geroogartenbes. Gartenland. Die Kapitalsanlage. Bismarckstr. 16  
**Nieschale & Nitsche** Wiegandstr. 33/34



Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 28. Dezember:

- 1. Vst. Der Bezirksverband... 2. Vst. Der Bezirksverband... 3. Vst. Der Bezirksverband...

Morgen, Donnerstag, den 29. Dezember:

- 1. Vst. Große Weihnachtsfeier... 2. Vst. Große Weihnachtsfeier... 3. Vst. Große Weihnachtsfeier...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Leserbriefe... Geschäftsliche Mitteilungen... Wetterbericht bis Donnerstag mittag.

Glauben Sie an Sympathie?

Ich glaube fest daran. Ich halte Sie für das einzige wirksame Mittel, um meine Kunden zu erhalten.

Wieviel Monate oder Jahre darüber vergangen sein mögen, und ganz gleich, was es mich kosten mag.

Wird sich Umwandel erforderlich sein, weil mein tüchtiges Personal jedermann gründlich vorgebildet ist.

Sind's die Augen - geh zu Ruhnke!

Map showing various branches of Ruhnke's optician services across Berlin, including Spittelmarkt, Friedrich-Str., and other locations.

Theater, Lichtspiele usw. Opernhaus Fidelio, Schauspielhaus Leonce u. Lena, Deutsch. Theat. Prinz von Preußen, Komödienhaus Die Fahrt ins Blaue, Berliner Theat. Jagach, Prinzessin Olala, Fritzi Massary, Residenz-Theat. Das weiße Land, Kleines Theater Schneewittchen, Jaqueline, Trianon-Theat. Rückkäppchen, Klümmere Dich um Amelle, Theater d. Ostens Biederleute, D. Mädchen v. Elzondo, Casino-Theater Der Weg z. Glück.

Komische 7 1/2 Oper 7 1/2, Der Herr der Welt, Komische 7 1/2 Oper 7 1/2, Der Herr der Welt, Komische 7 1/2 Oper 7 1/2, Der Herr der Welt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater, Abends 7 1/2 Uhr, Der große Premierenerfolg: Der Frauenräuber, Operette in 3 Akten mit Cordi Willowitzsch u. G.

Philharmonie Wagner-Abend, d. Philharm. Orchest. Dirig. Prof. Rich. Hagei.

Apollo-Theater, Die letzten Tage, Frau Luna, Große Ausstattung Operette von Paul Linke.

Rund um die Welt, in 12 Bildern, Der Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Circus Busch, Heute Mittwoch 2x 7 1/2 Uhr, Der neue Ringelreiter.

Nur bis 30. Dezember, Persönliches Auftreten, Sylvester Schäffer, sowie der weitere Variété-Spielplan, Vorverkauf: 11 bis 2 Uhr, UFA-PALAST AM ZOO.

FOLIES CAPRICE, Liniestr. 132, am Oranienburger Tor, Täglich 8 Uhr, Pension Liebeslande.

Wie bekannt, sahle ich für Ihr Metall, alle Art, auch Hochveredelung, die höchst feine Paul Zimmermann.

Münzen, Sammlungen, Münzen, Handlung.

Admirals-Palast, Futuristisch, Karneval, Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß.

Geschlechtskranke, vorzuziehen über andere, Spezialarzt Dr. Dammann.

Richard Lindner, Buchbinderel, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 36-37.

BTL, Potsdamer Str. 36, Turmstr. 12, Friedrich-Rheinstr., Nur noch heute und morgen, Der Graf d. Tänzerin.

Pelz, Waren n. solid, Verarb. billigst, Pelz, Goldstein, Dresd. Str. 1, a. Hochbahn, Kottb. Tor.

S. Schlesinger, Neue Königstr. 21, kein Laden, H. Stock, Bitte passen auf Firma.

Großschreiende Reklame, machen in letzter Zeit sogenannte Trauringespezialgeschäfte od. Hersteller, Größte Leistungsfähigkeit, Spezialgeschäft für Trauringe!

Silvester-Scherze, Bescherkarten mit Spitzfragen oder Schlangens, 1 Mark, Zauberspiegel 60 Pf., Verlobungskarte 3 M., Humoresken 1 u. 1.50.

Läuse Wanzen, befeuchten Sie in Eukold, 100000 sind zufrieden, 1/2 Stunde genügt (in jedem Fall) folg. m. Sie können verlangen Sie nur Eukold.



